

VOLKER SCHLETTE

Die Verwaltung als Vertragspartner

Jus Publicum

51

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 51



Volker Schlette

Die Verwaltung als Vertragspartner

Empirie und Dogmatik
verwaltungsrechtlicher Vereinbarungen
zwischen Behörde und Bürger

Mohr Siebeck

VOLKER SCHLETTE, geboren 1961; 1980–1986 Studium der Rechtswissenschaft in Göttingen; 1986 erste Juristische Staatsprüfung; 1989 Forschungsaufenthalt in Aix-en-Provence; 1990 Promotion; 1993 zweite Juristische Staatsprüfung; 1993–1999 wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Öffentliches Recht in Göttingen; 1999 Habilitation; Privatdozent.

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Schlette, Volker:

Die Verwaltung als Vertragspartner : Empirie und Dogmatik
verwaltungsrechtlicher Vereinbarungen zwischen Behörde und Bürger /

Volker Schlette. - Tübingen : Mohr Siebeck, 2000

(Jus publicum ; 51) 978-3-16-158112-0 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-147224-1

© 2000 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen belichtet, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier der Papierfabrik Niefern gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0941-0503

*»L'administration est essentiellement conciliatrice ...
c'est surtout par la persuasion qu'elle doit agir.«*

(Macarel, 1842)

»Quel meilleur moyen de persuader et de concilier que le contrat?«

(Richer, 1991)

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung wurde im Wintersemester 1998/99 von der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen als Habilitationsschrift angenommen. Das Manuskript wurde im September 1998 abgeschlossen. Für die Veröffentlichung ist die Arbeit aktualisiert worden; sie befindet sich jetzt auf dem Stand vom August 1999.

Die Untersuchung entstand während meiner Tätigkeit als Assistent am Lehrstuhl für Öffentliches Recht von Professor Dr. Christian Starck. Ihm gebührt an erster Stelle mein Dank – für das Wecken des Wunsches, wissenschaftlich zu arbeiten und die Gewährung der hierfür nötigen Freiheit, für die Unterstützung und Förderung meiner Forschungen, für die Anteilnahme an meiner fachlichen Etablierung. Die wissenschaftlich wie menschlich angenehme und bereichernde Atmosphäre an seinem Lehrstuhl werde ich immer in guter Erinnerung behalten.

Herrn Professor Dr. Volkmar Götz und Herrn Professor Dr. Franz-Joseph Peine habe ich für die zügige Erstellung des Zweit- und Drittgutachtens, Herrn Dr. Thorsten Ingo Schmidt für die kritische Durchsicht des Manuskripts zu danken.

Ganz besonderer Dank gilt schließlich meiner Frau Dr. Ines Klinge, die das Werk von den Anfängen bis zum Abschluß begleitet und wesentlich zu seinem Gelingen beigetragen hat. Sie hat zahlreiche anregende fachliche Diskussionen mit mir geführt, sie hat den gesamten Text gelesen und manch wichtigen Hinweis gegeben, und sie hat mir, trotz eigener starker Belastung in beruflicher Aufbauphase, stets den privaten Rückhalt geboten, ohne den ein solches Werk kaum möglich ist. Ihr sei die vorliegende Schrift daher gewidmet.

Göttingen/Berlin, im Dezember 1999

Volker Schlette

Inhaltsübersicht

1. Teil: Grundlagen

A. Grundsätzliches zum Vertragsgedanken an sich und zum Vertrag im Verwaltungsrecht	11
B. Die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen des verwaltungsrechtlichen Vertrages	65
C. Die Zuordnung des Vertrages zum Öffentlichen Recht oder Privatrecht	110
D. Der verwaltungsrechtliche Vertrag im System der Handlungsformen der Verwaltung	169

2. Teil: Der verwaltungsrechtliche Vertrag in der Praxis

A. Einführung: Rechtstatsachenforschung – Notwendigkeit und Legitimation	235
B. Vorstellung des eigenen Forschungsprojekts	241
C. Die praktische Bedeutung verwaltungsvertraglichen Handelns, im Vergleich insbesondere zum Verwaltungsakt	251
D. Anwendungsfelder des verwaltungsrechtlichen Vertrages	263
E. Vorzüge und Nachteile verwaltungsvertraglichen Handelns	337
F. Ansätze zu einer funktionalen Systematisierung verwaltungsrechtlicher Verträge	362

3. Teil: Das rechtliche Regime des verwaltungsrechtlichen Vertrages

A. Vorbemerkung: Die besondere Ausgangssituation bei einem vertraglichen Zusammenwirken von Verwaltung und Bürger	371
B. Das Regelungssystem der §§ 54ff. VwVfG im Überblick	379
C. Der Verfahrensablauf bis zum Vertragsschluß	411
D. Der Abschluß des verwaltungsrechtlichen Vertrages	439
E. Die inhaltlichen Gestaltungsmöglichkeiten der Vertragsparteien	467
F. Rechtswidrigkeit und Nichtigkeit des verwaltungsrechtlichen Vertrages	536
G. Die Vertragsdurchführung	580
H. Prozessuale Fragen	643
J. Schlußbemerkung: Die Spezifität des verwaltungsvertraglichen Rechtsregimes, im Vergleich insbesondere zum zivilrechtlichen Vertrag	662

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	VII
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XXIV
Einleitung	1

1. Teil

Grundlagen

A. Grundsätzliches zum Vertragsgedanken an sich und zum Vertrag im Verwaltungsrecht	11
I. Der Vertragsgedanke als solcher	11
1. Der Vertrag als zentraler Begriff der gesamten Rechtsordnung	11
2. Der anthropologische Grundgehalt der vertraglichen Einigung	13
3. Die Begriffsmerkmale des Vertrages	15
II. Der Vertragsgedanke im Verwaltungsrecht	18
1. Terminologische und systematische Klärungen	18
a) »Öffentlich-rechtlicher Vertrag«, »verwaltungsrechtlicher Vertrag« oder »Verwaltungsvertrag«?	18
b) Erscheinungsformen und Kategorisierungsansätze von Verträgen im Verwaltungsrecht	20
aa) Unterscheidung nach den möglichen Vertragspartnern ...	21
bb) Verpflichtungs- und Verfügungsverträge	23
cc) Bereichsspezifische Unterteilungen	26
2. Abriß der historischen Entwicklung des verwaltungsrechtlichen Vertrages	28
3. Prinzipielle Einwände gegen den Vertragsgedanken im Verwaltungsrecht und ihre Widerlegung	34
a) Rechts- und staatstheoretische Bedenken	36
aa) Das Subordinationsargument	36
bb) Das »Damoklesschwert«-Argument	44
cc) Das Argument fehlender Vertragsfreiheit	46
b) Pragmatische Bedenken	49

aa) Der verwaltungsrechtliche Vertrag als überflüssiges Rechtsinstitut?	49
bb) Der verwaltungsrechtliche Vertrag als Gefahr für Qualität und Rechtsstaatlichkeit des Verwaltungshandelns? ...	52
c) Zusammenfassung	56
4. Der verwaltungsrechtliche Vertrag im europäischen Kontext	56
a) Der verwaltungsrechtliche Vertrag im europäischen Ausland ..	56
b) Verwaltungsrechtlicher Vertrag und Europarecht	60
aa) Der verwaltungsrechtliche Vertrag im Gemeinschaftsrecht	60
bb) »Europäisierung« des deutschen administrativen Vertragsrechts?	62
c) Ergebnis	64
B. Die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen des verwaltungsrechtlichen Vertrages	65
I. Der grundrechtliche Rahmen für verwaltungsvertragliches Handeln	66
1. Vertrag und Freiheitsrechte	66
2. Vertrag und Gleichheitssatz	73
3. Vertrag und Rechtsschutzgarantie	78
II. Begrenzungen verwaltungsvertraglicher Handlungsmöglichkeiten durch das Gesetzmäßigkeitsprinzip	80
1. Vertrag und Vorrang des Gesetzes	81
a) Grundsatz: Uneingeschränkte Geltung des Vorrangprinzips ..	81
b) Besonderheiten	83
aa) Dispositives Gesetzesrecht	83
bb) Vergleichsvertrag	85
cc) Folgenlose rechtswidrige Verträge	87
dd) Vertragliche Duldung rechtswidriger Lagen	88
ee) Gesetzesabweichungen »nach oben«	90
2. Vertrag und Vorbehalt des Gesetzes	92
III. Rechtssicherheit und Vertrauensschutz	101
IV. Verfassungsrechtliche Legitimation des verwaltungsrechtlichen Vertrages	103
C. Die Zuordnung des Vertrages zum Öffentlichen Recht oder Privatrecht	110
I. Abgrenzung nach dem Vertragsgegenstand	111
1. Mögliche Abgrenzungsansätze	111
2. Die Entscheidung zugunsten des gegenstandsbezogenen Ansatzes; Problematik dieses Ansatzes	112
3. Die allgemeine Problematik einer Abgrenzung von Öffentlichem Recht und Privatrecht	114

4. Die Bedeutung der Abgrenzung des verwaltungsrechtlichen vom privatrechtlichen Vertrag	115
5. Präzisierung des gegenstandsbezogenen Ansatzes	117
II. Besondere Problemfelder	122
1. Die These von der »Formenwahlfreiheit« der Verwaltung ..	122
2. Das Problem des »gemischten« Vertrages	131
III. Anwendungsbeispiele	139
1. Einheimischenmodelle	139
2. Subventionsverträge	143
3. Öffentliche Aufträge	148
4. Benutzungsverhältnisse öffentlicher, insbes. kommunaler Einrichtungen	155
5. Übertragung von Verwaltungsaufgaben auf Private	158
IV. Alternativlösung: Einheitliche rechtliche Bewertung sämtlicher von der Verwaltung abgeschlossener Verträge?	164
D. Der verwaltungsrechtliche Vertrag im System der Handlungsformen der Verwaltung	169
I. Inhalt und Bedeutung der Handlungsformenlehre, Abgrenzung zur Rechtsverhältnislehre	169
II. Vertrag und Verwaltungsakt	174
1. Der Verwaltungsakt als zentrale administrative Handlungsform	174
2. Abgrenzung zwischen Verwaltungsakt und Vertrag	176
a) Die wesensmäßige Verschiedenheit von Vertrag und Verwaltungsakt	176
b) Die Relevanz einer Abgrenzung	178
c) Problembereiche	179
aa) Mitwirkungsbedürftiger Verwaltungsakt	179
bb) Verwaltungsakt mit Nebenbestimmungen	187
cc) »Ausgehandelter« Verwaltungsakt	189
3. Sonderfälle	191
a) Kombinationen von Vertrag und Verwaltungsakt	191
b) Zusage/Zusicherung	194
4. Die Auswahlentscheidung zwischen Verwaltungsakt und Vertrag	197
III. Vertrag und Rechtsnorm	204
1. Normsetzungsverträge	206
2. Substitution von Rechtsnormen durch Vertragsregelungen, insbes. Vertragsnaturschutz	208
IV. Vertrag und verwaltungsrechtliches Schuldverhältnis	211

V. Vertrag und informelle Absprachen	216
1. Der Begriff der informellen Absprache und deren Abgrenzung zum Vertrag	217
2. Problematik informeller Absprachen	218
3. Vorschlag: Restriktivere Handhabung der Absprachepra- xis zugunsten von Vertragslösungen	225
4. Fazit	230
VI. Zusammenfassung	230

2. Teil

Der verwaltungsrechtliche Vertrag in der Praxis

A. Einführung: Rechtstatsachenforschung – Notwendigkeit und Legiti- mation	235
B. Vorstellung des eigenen Forschungsprojekts	241
I. Zur Auswahl der Untersuchungsmethode – die Entscheidung für eine schriftliche Umfrage	241
II. Der Aufbau des Fragebogens	243
III. Der Ablauf der Umfrage	245
IV. Die Auswertung der Umfrage	249
C. Die praktische Bedeutung verwaltungsvertraglichen Handelns, im Vergleich insbesondere zum Verwaltungsakt	251
I. Die bisherigen Positionen in der Rechtslehre	251
II. Das Umfrageergebnis	253
1. Die quantitative Bedeutung des verwaltungsrechtlichen Vertrages	253
2. Die »qualitative« Bedeutung des verwaltungsrechtlichen Vertrages	257
D. Anwendungsfelder des verwaltungsrechtlichen Vertrages	263
I. Vorbemerkung	263
II. Baurecht	265
1. Bauplanungsrecht	266
a) Verträge zur Vorbereitung der Bauleitplanung	269
aa) Bauplanungsabreden	269
bb) »Vorhabenträgervertrag« nach § 12 Abs. 1 S. 1 BauGB/§ 7 BauGBMaßnG	269
cc) »Planausarbeitungsverträge«, § 11 Abs. 1 Ziff. 1 2. Hs., 4. Alt. BauGB	273

dd) Projektmittlervertrag, § 4b BauGB	274
ee) »Einheimischenmodelle«	274
ff) Verträge über die Bodensanierung	275
b) Verträge zur Planungsrealisierung	275
aa) Verträge im Zusammenhang mit der Erschließung	275
(1) Erschließungsverträge	276
(2) Erschließungsvertragsähnliche Vereinbarungen	280
(a) »Unechte« Erschließungsverträge	280
(b) Vorauszahlungsverträge	281
(c) Ablösungsverträge über Erschließungsbeiträge, § 133 Abs. 3 S. 5 BauGB	282
(d) Praktische Bedeutung erschließungsvertragsähnlicher Vereinbarungen	285
bb) Folgekostenverträge, § 11 Abs. 1 Ziff. 3 BauGB	286
cc) Sanierungsträger- und Entwicklungsträgervertrag, §§ 157ff., 167 BauGB	289
dd) Entschädigungsvereinbarungen	291
ee) Freiwillige Umlegung	292
ff) Sonstiges	293
2. Bauordnungsrecht	295
a) Baudispensverträge, insbes. Stellplatzdispensverträge	295
b) Vertragliche Duldung baurechtswidriger Zustände	297
III. Umweltrecht	298
1. Verträge im Immissionsschutzrecht	299
a) Duldungsverträge	299
b) Sonstiges	300
2. Verträge im Naturschutzrecht	300
a) Vertragsnaturschutz	300
b) Verträge zur Umsetzung des § 1a BauGB/§ 8a BNatschG	301
3. Verträge über die Sanierung von Altlasten	302
4. Einschaltung Privater in die Erfüllung von Aufgaben des Umweltschutzes	305
IV. Sozialrecht	306
1. Leistungserbringungsverträge im Bereich des Sozialversicherungsrechts	307
2. Verträge im Bereich des Sozialhilferechts	309
a) Pflegesatzvereinbarungen gem. § 93 Abs. 2 BSHG	309
b) Darlehensverträge gem. §§ 15b, 89 BSHG	310
c) Garantierklärungen des Sozialhilfeträgers	310
d) Vereinbarungen zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit, § 17 Abs. 2 BSHG	311
3. Verträge im Bereich des Kinder- und Jugendhilferechts	312
a) Aufgabenübertragung auf Träger der freien Jugendhilfe	312
b) Pflegekindverträge zwischen Jugendamt und Pflegeeltern	312
c) Vereinbarungen nach § 45 Abs. 2 S. 3 SGB VIII	313
4. Sonstiges	313

V. Wirtschafts- und Gewerberecht	314
1. Öffentliche Aufträge	314
2. Konzessionsverträge mit Energieversorgungsunternehmen	314
3. Subventionsverträge	315
4. Verträge im Bereich des Kartellrechts	315
5. Sondernutzungsverträge, insbes. Werbenutzungsverträge ..	316
6. Erteilung von gewerberechtlichen Erlaubnissen durch verwaltungsrechtlichen Vertrag	317
7. Übertragung von Verwaltungsaufgaben auf private Unternehmer	317
VI. Öffentliches Dienstrecht	318
1. Ausbildungs-/Studienförderungsverträge mit (bedingter) Rückzahlungsverpflichtung	318
2. Begründung der Dienstverhältnisse durch verwaltungsrechtlichen Vertrag?	320
a) Beamtenernennung	320
b) Einstellung der Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes	320
c) Sonderfall: Hochschulrechtliche Dienstverhältnisse	321
aa) Berufungsvereinbarungen	321
bb) Erteilung von Lehraufträgen	322
VII. Steuer- und Abgabenrecht	323
1. Steuerrecht	323
a) Tatsächliche Verständigungen	323
b) »Verrechnungsverträge«	324
c) Verträge über Billigkeitsmaßnahmen	325
d) § 224a AO	325
e) Abschöpfungsvereinbarungen	325
2. Kommunales Abgabenrecht	326
a) Ablösungsvereinbarungen	326
b) Vorauszahlungsvereinbarungen	326
c) Mehrkostenvereinbarungen	326
d) Sonstiges	327
VIII. Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht	327
1. Verpflichtungserklärungen gem. § 84 AuslG	327
2. Vertragliche Verpflichtung zur Rückzahlung von Ausbildungsbeihilfen bei Einbürgerung	330
3. Einbürgerung durch Vertrag?	331
IX. Sonstige Gebiete	331
X. Fazit	334

E. Vorzüge und Nachteile verwaltungsvertraglichen Handelns	337
I. Einführung	337
II. Zusammenstellung und Bilanzierung der verschiedenen Vor- und Nachteile	339
1. Zentrale Vorteile von Vertragslösungen	339
a) Verbessertes »Verwaltungsklima« und erhöhte Akzeptanz	339
b) Erweiterte Gestaltungsmöglichkeiten, insbesondere im Ver- gleich zum Verwaltungsakt	342
aa) Vereinbarung »übergesetzlicher« Mehrleistungen	343
bb) Klärung verfahreners Situationen	344
cc) Verpflichtungserklärungen des Bürgers	345
dd) Regelung von Austauschverhältnissen	346
ee) Einschaltung Privater in die Erfüllung von Verwaltungs- aufgaben	347
ff) Substitution von Rechtsnormen	348
gg) Flexible, maßgeschneiderte Lösungen für komplexe und/oder atypische Konstellationen	348
c) Imageverbesserung für Wirtschaftsunternehmen	351
2. Differenzierend zu bewertende Gesichtspunkte	351
a) Rechtssicherheit	352
b) Rechtsschutz	353
c) Verwaltungsaufwand	354
aa) Persönliches und fachliches Profil des privaten Verhand- lungspartners	355
bb) Die besonderen Gegebenheiten des Sachverhalts	357
cc) Formale und verfahrensmäßige Aspekte	358
(1) Förmlichkeiten	359
(2) Vertrag und Verwaltungsakt im Verfahrensablauf ...	359
III. Resümee	360
F. Ansätze zu einer funktionalen Systematisierung verwaltungsrecht- licher Verträge	362
I. Unterscheidung von »autonmem« und »substitutivem« Funktionsbereich	362
II. Unterscheidung nach der Art der Verwaltungstätigkeit	363
1. Einbeziehung Privater in die Erledigung von Verwaltungsaufgaben	363
2. Leistungsgewährung an Private	365
3. Verpflichtung Privater zu finanziellen Leistungen	365
4. Vermeidung klassisch einseitig-hoheitlicher Eingriffsver- waltung	366
5. Substitution behördlicher Genehmigungen	366
6. Vorbereitung oder Ergänzung einseitig-hoheitlichen Handelns	366
7. Regelung unklarer und/oder umstrittener Sachverhalte ...	367

3. Teil

Das rechtliche Regime des verwaltungsrechtlichen Vertrages

A.	Vorbemerkung: Die besondere Ausgangssituation bei einem vertraglichen Zusammenwirken von Verwaltung und Bürger	371
	I. Ungleiches Kräfteverhältnis zwischen Verwaltung und Bürger	372
	II. Die Verwaltung als solventer Vertragspartner	374
	III. Die Verwaltung als strikt grundrechts-, gesetzes- und gemeinwohlgebundener Vertragspartner	375
B.	Das Regelungssystem der §§ 54ff. VwVfG im Überblick	379
	I. Leitgedanken der gesetzlichen Regelung	380
	1. Normierung zwischen materiellem Recht und Verfahrensrecht	380
	2. Der verwaltungsrechtliche Vertrag als dem Verwaltungsakt gleichwertige Handlungsform	380
	3. Wirksamkeit schlicht rechtswidriger Verträge	381
	4. Zweigleisigkeit des Vertragsregimes: Die problematische Unterscheidung zwischen »koordinationsrechtlichem« und »subordinationsrechtlichem« Vertrag	381
	a) Terminologische Fragen	382
	b) Inhaltliche Abgrenzung beider Vertragsarten	383
	5. Keine vollständige Kodifikation des Vertragsrechts	389
	a) Beschränkung auf wenige punktuelle Regelungen	389
	b) Gemengelage verschiedener Normgruppen	391
	c) Subsidiäre Verweisung auf das Zivilrecht	392
	aa) Legitimation einer Heranziehung zivilrechtlicher Vorschriften	393
	bb) Anwendungsprobleme des § 62 S.2 VwVfG	396
	(1) Hinreichende Bestimmtheit	396
	(2) Eingrenzung der in Bezug genommenen Vorschriften	398
	(3) Rechtstechnische Bewältigung der Anwendung zivilrechtlicher Vorschriften	400
	II. Die Reichweite der §§ 54ff. VwVfG	403
	1. Der beschränkte Anwendungsbereich der Verwaltungsverfahrensgesetze des Bundes und der Länder	403
	2. Das Vertragsrechtsregime jenseits des Anwendungsbereichs der Verwaltungsverfahrensgesetze	404
C.	Der Verfahrensablauf bis zum Vertragsschluß	411
	I. Einleitende Bemerkungen	411

II. Grundsätzliches zum vertraglichen Einigungsprozeß	413
III. Das vorvertragliche Schuldverhältnis und die daraus resultierende Pflichtenbindung, insbesondere der Verwaltung	414
1. Vorvertragliches Schuldverhältnis und Verfahrensrechtsverhältnis	414
2. Pflichtenbindung der Verwaltung	416
a) Pflicht zur Sachverhaltsermittlung	416
b) Pflicht zu Beratung und Belehrung des privaten Vertragspartners	418
c) Pflicht zur »Anhörung« des privaten Vertragspartners?	423
d) Verbot eines grundlosen Abbruchs von Vertragsverhandlungen	424
e) Sorgfaltspflichten	425
aa) Pflicht zur Vermeidung unwirksamer Verträge	425
bb) Pflicht zur Achtung der Rechtsgüter der anderen Seite ...	425
3. Pflichten des privaten Vertragspartners	426
a) Mitwirkungspflicht bei der Sachverhaltsermittlung	426
b) Sonstige Pflichten	427
4. Folgen einer Pflichtverletzung	427
a) Grundsatz: Haftung aus culpa in contrahendo	427
b) Sonderfälle	428
aa) Verletzung der Beratungspflicht nach § 25 VwVfG	428
bb) Grundloser Abbruch von Vertragsverhandlungen	430
IV. Beteiligung Dritter und anderer Behörden	430
D. Der Abschluß des verwaltungsrechtlichen Vertrages	438
I. Die Vertragsparteien	438
II. Die Vertragserklärungen	441
1. Angebot und Annahme, Konsens und Dissens, Auslegung .	441
2. Vertragsschlußermessen, Kontrahierungszwang	444
3. Die Rechtsnatur der behördlichen Entscheidung über den (Nicht-)Abschluß eines verwaltungsrechtlichen Vertrages .	445
a) Die Entscheidung zugunsten eines Vertragsschlusses	446
b) Die ablehnende Entscheidung	448
III. Die Form des verwaltungsrechtlichen Vertrages	451
1. Das Schriftformerfordernis (§ 57 VwVfG)	451
a) Vorbemerkung	451
b) Definition der »Schriftlichkeit« – der Streit um die Anwendbarkeit des § 126 BGB	453
c) Die Reichweite des Schriftformerfordernisses	461
aa) Reichweite in bezug auf den einzelnen Vertrag	461
bb) Reichweite in bezug auf den Bereich vertraglichen Handelns	462
2. Spezielle Formerfordernisse	465

E. Die inhaltlichen Gestaltungsmöglichkeiten der Vertragsparteien ...	467
I. Vertragsgestaltung – Standort und Stellenwert im administrativen Vertragsrecht	467
II. Gesetzliche Kategorisierung verwaltungsrechtlicher Verträge und Gestaltungsbefugnisse der Parteien	470
1. Der Austauschvertrag (§ 56 VwVfG)	471
a) Allgemeine Bedeutung und Zweck der gesetzlichen Regelung	471
b) Der Begriff des »Austauschvertrages«	472
c) Schranken vertraglicher Gestaltungsmacht	477
aa) Übersicht	477
bb) Koppelungsverbot	478
cc) Angemessenheitserfordernis	480
2. Der Vergleichsvertrag (§ 55 VwVfG)	485
a) Voraussetzungen für einen Vergleichsschluß	486
aa) Bestehen einer Ungewißheitssituation	486
bb) Gegenseitiges Nachgeben	490
cc) »Zweckmäßigkeit« des Vergleichs	490
b) Das Verhältnis von § 55 und § 56 VwVfG	492
c) § 779 BGB	493
3. Die Vertragstypen des zivilrechtlichen Schuldrechts	493
a) Allgemeine Bedeutung der §§ 433–782 BGB im verwaltungsrechtlichen Vertragsrecht	494
b) Einzelne Vertragstypen	495
III. Besondere vertragliche Gestaltungen	499
1. Vorverträge, Teilverträge, Rahmenverträge	499
2. Die Kombination des Vertrages mit einer anderen Handlungsform	501
3. Formularverträge, Verträge mit Allgemeinen Geschäftsbedingungen	502
a) Praktische Bedeutung und Zulässigkeit	502
b) Die Anwendung der Regelungen des AGBG	502
IV. Einzelne Vertragsklauseln	507
1. Den Vertragsinhalt betreffende Klauseln	507
a) Vereinbarung »übergesetzlicher« Mehrleistungen	508
b) Verzichtserklärungen	508
c) Flexibilisierung vertraglicher Leistungspflichten	510
d) Ausschließlichkeitsklauseln	512
e) Vereinbarung von Sicherheiten	513
2. Die technische Vertragsabwicklung betreffende Klauseln ..	514
a) Mitteilungs-, Berichtspflichten, Zustimmungsvorbehalte	514
b) Kontroll- und Weisungsrechte der Verwaltung	515
c) Schaffung besonderer Vertragsgremien	517
3. Leistungsstörungen betreffende Klauseln	517

a) Haftungsbeschränkungen	518
aa) Haftungsbeschränkungen zugunsten der Verwaltung	519
bb) Haftungsbeschränkungen zugunsten des Bürgers	520
b) Kündigungs-, Rücktritts-, Anpassungsklauseln	521
c) Vertragsstrafenversprechen und ähnliche Abreden	523
aa) Vertragsstrafen	523
(1) Begriff, Funktion und Erscheinungsformen im Zivilrecht	523
(2) Die Bedeutung von Vertragsstrafen in der administrativen Praxis	525
(3) Zulässigkeit von Vertragsstrafen im Verwaltungsrecht	525
(4) Der Gestaltungsrahmen für verwaltungsvertragliche Strafversprechen	528
bb) Schadenspauschalierung und Verfallklausel	533
4. Prozessuale und vollstreckungsrechtliche Abreden	534
V. Resümee	535
F. Rechtswidrigkeit und Nichtigkeit des verwaltungsrechtlichen Vertrages	536
I. Die Bedeutung der Nichtigkeitslehre im Gesamtrahmen verwaltungsrechtlicher Vertragsdogmatik	536
II. Das Regelungssystem des § 59 VwVfG; verfassungsrechtliche und rechtspolitische Bewertung	538
III. Einzelne Nichtigkeitsgründe	545
1. Übersicht	545
2. Verstöße gegen »gesetzliche Verbote« (§ 134 BGB)	549
a) Anwendbarkeit und Bedeutung des § 134 BGB im administrativen Vertragsrecht	549
b) Beispiele	554
3. Vertragsformverbote	559
IV. Die Rechtsfolgen der Nichtigkeit	566
1. Schadensersatzansprüche	567
2. Rückgewähransprüche	567
V. Sonderprobleme	572
1. Teilnichtigkeit	572
2. Umdeutung	574
3. Kombinationen von Vertrag und Verwaltungsakt	576
G. Die Vertragsdurchführung	580
I. Einleitende Bemerkungen	580
II. Die (reguläre) Erfüllung des verwaltungsrechtlichen Vertrages	581

III. Leistungsstörungen	584
1. Vorbemerkung	584
2. Allgemeine Probleme eines verwaltungsvertraglichen Leistungsstörungenrechts	586
a) Die Auswirkungen der Unvollständigkeit des BGB-Leistungs- störungenrechts und der diesbezüglichen Reformbestrebungen auf das administrative Vertragsrecht	586
b) Rechtsnatur und (verfahrens-)rechtliche Behandlung von leistungsstörungenbezogenen Erklärungen der Verwaltung	587
c) Das Verhältnis vertraglicher Schadensersatzansprüche zu sonstigen Ansprüchen, insbes. zur Amtshaftung	589
d) Die Einordnung von Austauschverträgen i. S. des § 56 VwVfG in das Regelungssystem der §§ 275 ff., 320 ff. BGB	592
e) Schadensberechnung auf Seiten der Behörde	593
f) Leistungsstörungen bei einem auf Erlaß eines Verwaltungs- akts gerichteten Verpflichtungsvertrag	594
3. Einzelne Leistungsstörungen	597
a) Leistungsstörungen i.e.S.	597
aa) Unmöglichkeit	597
bb) Verzug	599
cc) Positive Forderungsverletzung	605
b) Störungen der Geschäftsgrundlage, § 60 VwVfG	606
aa) Dogmatische Einordnung; Verhältnis zu den übrigen Leistungsstörungen	606
bb) Tatbestandliche Voraussetzungen	610
(1) Nachträgliche Verhältnisänderung	610
(2) Unzumutbarkeit	613
cc) Rechtsfolgen	617
dd) Sonderprobleme	619
(1) Anfängliches Fehlen der Geschäftsgrundlage	619
(2) Die Gemeinwohlklausel des § 60 Abs. 1 S.2 VwVfG ..	620
(a) Systematische Stellung	621
(b) Das Problem der fehlenden Entschädigungs- regelung	622
IV. Zwangsweise Durchsetzung vertraglicher Ansprüche	627
1. Grundregel: Erforderlichkeit gerichtlicher Titulierung	627
2. Ausnahmen	630
a) Spezialgesetzliche Anordnung einseitiger Durchsetzbarkeit ..	630
b) Unterwerfung unter die sofortige Vollstreckung, § 61 VwVfG ..	632
aa) Allgemeines	632
bb) Besondere Probleme der Unterwerfungserklärung des Bürgers	636
3. Vollstreckung vertraglicher Ansprüche	639
a) Vollstreckung gerichtlich titulierter Ansprüche	639
b) Vollstreckung gem. § 61 VwVfG titulierter Ansprüche	640
c) Rechtsschutz des Bürgers	642

H. Prozessuale Fragen	643
I. Rechtswegfragen	643
II. Die einzelnen Klagemöglichkeiten	646
1. Klagemöglichkeiten der Vertragspartner	646
a) Klage auf Erfüllung einer (primären oder sekundären) Vertragspflicht	646
b) Klage auf Feststellung des Nichtbestehens des Vertrages	648
c) Klage auf Feststellung des Bestehens des Vertrages	650
d) Klage auf Abschluß eines Vertrages	650
e) Klage auf Zustimmung gem. § 58 VwVfG	652
f) Klage gegen die Vollstreckung eines vertraglichen Anspruchs .	652
g) Klagen gegen einen Prozeßvergleich	655
2. Klagemöglichkeiten Dritter	656
III. Sonderfragen	657
1. Gerichtsstandsvereinbarungen	657
2. Vereinbarung eines Schiedsverfahrens	657
3. Klage- und Rechtsmittelverzichte	660
J. Schlußbemerkung: Die Spezifität des verwaltungsvertraglichen Rechtsregimes, im Vergleich insbesondere zum zivilrechtlichen Vertrag	662
Ergebnisse der Untersuchung	667
<i>Anhang</i>	683
Anhang I – Reformierte Fassung der §§ 54–62 VwVfG	685
Anhang II – Materialien zur durchgeführten empirischen Erhebung	689
1. Fragebogen	689
2. Anschreiben	692
3. Liste der befragten Behörden und Körperschaften	693
4. Auswertungsbericht	697
<i>Literaturverzeichnis</i>	712
<i>Sachverzeichnis</i>	765

Abkürzungsverzeichnis

AbfG	Abfallgesetz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz
AG	Amtsgericht
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AJDA	Actualité juridique, droit administratif (Zeitschrift)
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ASB	Arbeiter-Samariter-Bund
AT	Allgemeiner Teil
AuslG	Ausländergesetz
BAG	Bundesarbeitsgericht
BauGB	Baugesetzbuch
BauGBMaßnG	Maßnahmengesetz zum Baugesetzbuch
BauR	Baurecht (Zeitschrift)
BauZVO	Bauplanungs- und Zulassungsverordnung
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BBauG	Bundesbaugesetz
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
BBG	Bundesbeamtengesetz
Bbg.	Brandenburg
BBodSchG	Bundes-Bodenschutzgesetz
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz
Begr.	Begründung/Begründer
Beil.	Beilage
Beschl.	Beschluß
BENeuglG	Gesetz zur Zusammenführung und Neugliederung der Eisenbahnen
BFH	Bundesfinanzhof
BFH/NV	Sammlung amtlich nicht veröffentlichter Entscheidungen des Bundesfinanzhofes
BFSG	Bundesflugsicherungsgesetz
BG	Bundesgericht
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch

BGH	Bundesgerichtshof
BHO	Bundshaushalts-Ordnung
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BImSchV	Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutz- gesetzes
BLG	Bundesleistungsgesetz
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BodSchV	Bodenschutzverordnung
BR	Bundesrat
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz
BRS	Baurechtssammlung
BSG	Bundessozialgericht
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
BT	Besonderer Teil/Bundestag
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes
BWVGZ	Baden-Württembergische Gemeinde-Zeitung
c.i.c.	culpa in contrahendo
C.E.	Conseil d'Etat
CR	Computerrecht (Zeitschrift)
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DIfU	Deutsches Institut für Urbanistik
Dig.	Digesten
DJT	Deutscher Juristentag
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DÖD	Der öffentliche Dienst (Zeitschrift)
DÖV	Die öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
Drs.	Drucksache
DStR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DtZ	Deutsch-Deutsche Rechts-Zeitschrift
DV	Die Verwaltung (Zeitschrift)
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
Ed.	Edition
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte (Zeitschrift)
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGKS	Vertrag über die Gründung der der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozeßordnung
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
EStG	Einkommensteuergesetz
ESVGH	Entscheidungssammlung des Hessischen und des Württembergisch- Badischen Verwaltungsgerichtshofes

E-VRO	Entwurf einer Verwaltungsrechtsordnung für Württemberg (1931)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EvStL	Evangelisches Staatslexikon
EVwVerfG	Entwurf eines Verwaltungsverfahrensgesetzes
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
EZÖR	Europäische Zeitschrift für Öffentliches Recht
FGO	Finanzgerichtsordnung
FIHG	Fleischhygiene-Gesetz
FlurBerG	Flurbereinigungsgesetz
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
FStrG	Bundesfernstraßengesetz
FStrPrivFinG	Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz
GenTG	Gentechnik-Gesetz
GewArch	Gewerbearchiv
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GS	Gedächtnisschrift
GuG	Grundstücksmarkt und Grundstückswert
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HandwO	Handwerksordnung
HbStKR	Handbuch des Staatskirchenrechts
HbStR	Handbuch des Staatsrechts
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätze-Gesetz
HRG	Hochschulrahmengesetz
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
InfAuslR	Informationsbrief Ausländerrecht (Zeitschrift)
info also	Informationen zum Arbeitslosenrecht und Sozialhilferecht (Zeitschrift)
i. V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JCP	Jurisclasser périodique – La Semaine juridique (Zeitschrift)
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts
JWG	Jugendwohlfahrtsgesetz
Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung
KAG	Kommunalabgabengesetz
KG	Kammergericht
KitaG	Kindertagesstättengesetz
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
KO	Konkursordnung

KomE	Kommissions-Entwurf
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KrW-/AbfG	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
KStZ	Kommunale Steuer-Zeitschrift
KTS	Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen (Zeitschrift)
LandschG	Landschaftsgesetz
LFoG	Landesforstgesetz
LG	Landgericht
LMBG	Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz
LVwVfG	Landesverwaltungsverfahrensgesetz
MBL	Ministerialblatt
MünchKomm	Münchener Kommentar
NatSchG	Naturschutzgesetz
NBauO	Niedersächsische Bauordnung
NBG	Niedersächsisches Beamten-gesetz
N/Nds.	Niedersachsen/Niedersächsisch
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter
NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge (Zeitschrift)
NEG	Niedersächsisches Enteignungsgesetz
NGefAG	Niedersächsisches Gefahrenabwehrgesetz
NGO	Niedersächsische Gemeindeordnung
NHG	Niedersächsisches Hochschulgesetz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NRettDG	Niedersächsisches Rettungsdienstgesetz
NST-N	Niedersächsischer Städtetag
NStrG	Niedersächsisches Straßengesetz
NuR	Natur und Recht (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NW	Nordrhein-Westfalen
NWG	Niedersächsisches Wassergesetz
NWVBL	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
o. w.	ohne weiteres
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PfIVersG	Pflichtversicherungsgesetz
PFV	Positive Forderungsverletzung
POR	Polizei- und Ordnungsrecht
PostG	Postgesetz
PrALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten
RBHG	Gesetz über die Haftung des Reichs für seine Beamten
RDP	Revue du droit public et de la science politique en France et à l'étranger
RDV	Recht der Datenverarbeitung (Zeitschrift)
Rec.	Recueil (amtliche Sammlung)
RettDG	Rettungsdienstgesetz
RFDA	Revue française de droit administratif

RFH	Reichsfinanzhof
RIDC	Revue internationale de droit comparé
Rn.	Randnummer
ROG	Raumordnungsgesetz (vom 18. 8. 1997)
RR	Rechtsprechungs-Report
RsDE	Beiträge zum Recht der sozialen Dienste und Einrichtungen
RuStAG	Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz
RVO	Reichsversicherungsordnung
S.	Satz/Siehe
SA	Sachsen-Anhalt
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter
sc.	scilicet
Schwbg	Schwerbehindertengesetz
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
SGB	Sozialgesetzbuch
SGG	Sozialgerichtsgesetz
Slg.	Sammlung (der Rspr. des EuGH)
Sp.	Spalte
StWStP	Staatswissenschaften und Staatspraxis (Zeitschrift)
StuW	Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)
ThürVBl.	Thüringische Verwaltungsblätter
TierKBG	Tierkörperbeseitigungsgesetz
TierSchG	Tierschutzgesetz
TierSG	Tierseuchengesetz
UGB	Umwelt-Gesetzbuch
UmwG	Umwandlungsgesetz
Urt.	Urteil
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
VA	Verwaltungsakt
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VermG	Vermögensgesetz
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VerwRspr.	Verwaltungsrechtsprechung in Deutschland (Zeitschrift)
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VgV	Verordnung über die Vergabebestimmungen für öffentliche Aufträge (Vergabeverordnung)
VIZ	Zeitschrift für Vermögens- und Immobilienrecht
VOB	Verdingungsordnung für Bauleistungen
VOL	Verdingungsordnung für Leistungen
VR	Verwaltungsrundschau
VRO	Verwaltungsrechtsordnung
VSSR	Vierteljahresschrift für Sozialrecht
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechts- lehrer
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwVG	Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz (des Bundes)
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz
VZOG	Vermögenszuordnungsgesetz

WaStrG	Wasserstraßengesetz
WEG	Wohnungseigentumsgesetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung (Zeitschrift)
WissR	Wissenschaftsrecht (Zeitschrift)
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WoBauG	Wohnungsbaugesetz
WoBindG	Wohnungsbindungsgesetz
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis (Zeitschrift)
WUR	Wirtschaftsverwaltungs- und Umweltrecht (Zeitschrift)
WuV	Wirtschaft und Verwaltung (Zeitschrift)
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb (Zeitschrift)
WuW/E	Wirtschaft und Wettbewerb, Entscheidungssammlung zum Kartellrecht
WVG	Wasserverbandsgesetz
WVRK	Wiener Vertragsrechtskonvention
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht
ZBl.	Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZfBR	Zeitschrift für Baurecht
ZfF	Zeitschrift für das Fürsorgewesen
ZfIR	Zeitschrift für Immobilienrecht
ZfSH/SGB	Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch (bis 1996)
ZFSH/SGB	Sozialrecht in Deutschland und Europa (Zeitschrift, ab 1997)
ZfU	Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht
ZfW	Zeitschrift für Wasserrecht
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
ZöR	Zeitschrift für öffentliches Recht (Österreich)
ZollG	Zollgesetz
ZollVG	Zollverwaltungsgesetz
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
ZVG	Zwangsversteigerungsgesetz

Einleitung

Die Thematik einer verstärkten Einbindung des Bürgers in die Verwaltungstätigkeit, bezeichnet mit Schlagworten wie »kooperativer Staat«, »kooperative Verwaltung«, »Kooperationsprinzip«, »public private partnership« u.ä., macht seit knapp 20 Jahren in der verwaltungsrechtlichen und verwaltungswissenschaftlichen Literatur die Runde,¹ wobei sich die Diskussion in den letzten Jahren deutlich intensiviert hat.² Dabei vermitteln viele Stellungnahmen den Eindruck, Kooperation zwischen staatlichen und privaten Akteuren stelle etwas geradezu revolutionär Neues dar und das Verwaltungsrecht sei noch unlängst völlig vom Untertanen-Geist des 19. Jahrhunderts beherrscht gewesen. Prüft man einmal genauer, was sich hinter dem häufig als »Zauberformel«³ zur Lösung aller Probleme des Verwaltungsrechts gehandelten Begriff der »Kooperation« verbirgt, so tritt schnell eine gewisse Ernüchterung ein. Zum großen Teil handelt es sich um seit längerem bekannte Rechtsinstitute, wie etwa Privatisierung, Streitschlichtung durch Konfliktmittler oder Beteiligungsrechte des Bürgers im Verwaltungsverfahren. Neu in der Diskussion sind allenfalls das sog. informelle Verwaltungshandeln sowie bestimmte umweltrechtliche Kooperationsformen (etwa das »Scoping« nach § 5 UVPG).⁴ In jedem Fall muß es erhebliches Erstauen auslösen, wenn man feststellt, daß *vertragliche* Problemlösungsstrategien, von wenigen Ausnahmen abgesehen,⁵ in der ausufernden Diskussion zumeist

¹ Die Diskussion wurde angestoßen von *Ritter*, AöR 104 (1979), S. 389ff.; s.a. *dens.*, StuStP 1990, S. 58ff.

² Vgl. aus der mittlerweile fast unübersehbaren Literaturfülle vorerst nur *Bauer*, DÖV 1998, S. 89ff.; *Benz*, Kooperative Verwaltung, 1994; *Budäus/Eichhorn* (Hrsg.), Public Private Partnership, 1997, *Bulling*, DÖV 1989, S. 277ff.; *Dauber*, in: Becker-Schwarze (Hrsg.), Wandel der Handlungsformen im Öffentlichen Recht, 1991, S. 67ff.; *Dose*, DV 27 (1994), S. 91ff.; *Heinz* (Hrsg.), Public Private Partnership, 1993; *Hesse*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann (Hrsg.), Konfliktbewältigung durch Verhandlungen, S. 97ff.; *Lamb*, Kooperative Gesetzeskonkretisierung, 1995; *Rengeling*, Das Kooperationsprinzip im Umweltrecht, 1988; *Schneider*, VerwArch 87 (1996), S. 38ff.; *Schrader*, DÖV 1990, S. 326ff.; *Schulze-Fielitz*, DVBl. 1994, S. 657ff.; *Tettinger*, DÖV 1996, S. 764ff.; *Voigt* (Hrsg.), Der kooperative Staat, 1995.

³ *Deckert*, ZRP 1995, S. 63, 66.

⁴ Vgl. die Zusammenstellung der verschiedenen Ausprägungen des Kooperationsprinzips z.B. bei *Dauber*, in: Becker-Schwarze, Wandel der Handlungsformen, S. 67, 70ff.; *Schneider*, VerwArch 87 (1996), S. 38, 40ff.; *Tettinger*, DÖV 1996, S. 764, 765f. Auf das informelle Verwaltungshandeln wird i. e. zurückzukommen sein, vgl. u. S. 216ff.

⁵ Im wesentlichen *Bauer*, DÖV 1998, S. 89ff.; *Schulze-Fielitz*, DÖV 1994, S. 657, 660ff.

nur gestreift, z. T. auch überhaupt nicht angesprochen werden. Immerhin ist der Vertrag, das bedarf keiner näheren Darlegung, *das* Kooperationsinstrument schlechthin,⁶ und um die allenthalben befürwortete Zusammenarbeit zwischen Bürger und Verwaltung in klare rechtliche Formen zu gießen, bietet sich speziell der *verwaltungsrechtliche* Vertrag geradezu an. Meint man es mit der »kooperativen Verwaltung« wirklich ernst, weil man ein Zusammenwirken von öffentlichem und privatem Sektor der effektiven Erfüllung von Verwaltungsaufgaben und den Interessen des einzelnen in vielerlei Hinsicht für förderlich und zudem der verfassungsrechtlichen Stellung des Bürgers als mündigem und selbstbestimmtem Grundrechtsträger für besonders angemessen hält,⁷ so ist es demnach unumgänglich, sich nicht nur mit einzelnen schillernden und erst vor kurzem (wieder-)entdeckten Kooperationsformen wie z. B. dem informellen Verwaltungshandeln oder der Privatisierung zu beschäftigen, sondern auch und gerade Vertragslösungen als »Phänotypus materieller Kooperation«⁸ nähere Beachtung zu schenken. Daß der verwaltungsrechtliche Vertrag, obwohl er als altbekanntes und gegenüber neuen Formen möglicherweise etwas farblos und »hausbacken« wirkendes Instrument in der modernen Verwaltungsrechtslehre nur auf geringes dogmatisches Interesse stößt, ein adäquates, zeitgemäßes und praxistaugliches Instrument zur kooperativen Erfüllung von Verwaltungsaufgaben darstellt, wenn er nur angemessen dogmatisch ausgearbeitet wird – dies zu zeigen, ist Ziel der vorliegenden Arbeit.

Nun ist administratives Vertragshandeln in den vergangenen Jahrzehnten – außerhalb der Diskussion um die »kooperative Verwaltung« – bereits von einer Reihe von Autoren näher behandelt worden; gleichwohl hat es in der Verwaltungspraxis nie annähernd die Verbreitung gefunden wie die Handlungsform des Verwaltungsakts. Daraus den Schluß zu ziehen, daß der verwaltungsrechtliche Vertrag mittlerweile dogmatisch voll durchdrungen oder gar »ausgereizt«, durch die seltene Verwendung zugleich seine mangelnde Praxistauglichkeit erwiesen und das Hauptaugenmerk deshalb zwangsläufig auf andere, offenbar praxisnähere, Kooperationsformen zu lenken sei, wäre aber ausgesprochen vorzeitig.

Das Interesse des Schrifttums am verwaltungsrechtlichen Vertrag hat sich bislang fast ausschließlich auf lediglich zwei Aspekte konzentriert, nämlich zum einen – vornehmlich in der älteren Literatur – auf die, lange umstrittene, Grundfrage nach der Zulässigkeit der Vertragsform im Verwaltungsrecht,⁹ und zum zweiten auf die – nach der gesetzlichen Anerkennung des Vertrages durch §§ 54ff. VwVfG im Jahre 1977 in den Mittelpunkt des Interesses gerückte – Pro-

⁶ Vgl. a. *Rengeling/Gellermann*, ZG 1991, S. 317, 320: Vertrag als »klassisches Kooperationsinstrument«.

⁷ Näheres hierzu u. S. 108f., 225ff., 337ff.

⁸ *Di Fabio*, DVBl. 1990, S. 338, 339; zustimmend *Bauer*, FS Knöpfle, S. 11, 17.

⁹ Nachweise u. S. 28ff., 34ff.

blematik des rechtswidrigen verwaltungsrechtlichen Vertrages.¹⁰ Dabei ist sowohl in der älteren wie in der neueren Literatur die Tendenz allgegenwärtig, der verbreitet nach wie vor mit Mißtrauen betrachteten Vertragsform möglichst enge rechtliche Grenzen zu ziehen. Alle übrigen das Regime des (wirksam-rechtmäßigen) Vertrages konstituierenden Themenbereiche, deren nähere rechtliche Ausgestaltung den Vertrag als administratives Handlungsinstrument erst in der Praxis einsatzfähig und handhabbar macht und die in der knappen Regelung der §§ 54ff. VwVfG nur ansatzweise positiviert sind – Abgrenzung des verwaltungsrechtlichen vom privatrechtlichen Vertrag, Verhältnis zu anderen administrativen Handlungsformen, Rechtsfragen des vorvertraglichen Kontakts und des Vertragsschlusses, Möglichkeiten und Grenzen administrativer Vertragsgestaltung, Leistungsstörungen, etc. –, haben dagegen bis heute nur ganz sporadische, z.T. auch überhaupt keine literarische Beachtung gefunden. Von einer hinreichenden dogmatischen Strukturierung des verwaltungsrechtlichen Vertrages kann also keine Rede sein; im Gegenteil ist eine *erhebliche dogmatische Unterbilanz* des öffentlichen Vertragsrechts festzustellen, ein Befund, der in der Verwaltungsrechtslehre bis in die neueste Zeit immer wieder kritisch hervorgehoben wird.¹¹ Auch die Beschäftigung mit dem verwaltungsrechtlichen Vertrag auf der Bayreuther Staatsrechtslehrertagung 1992 hat allenfalls geringe Fortschritte gebracht,¹² zumal einer der Referenten den verwaltungsrechtlichen Vertrag ein weiteres Mal grundlegend in Frage gestellt hat.¹³ Der wissenschaftlichen Herausforderung, den Entwicklungsrückstand des öffentlichen Vertragsrechts, welcher insbesondere gegenüber dem ausgearbeiteten Recht des Verwaltungsakts und dem des zivilrechtlichen Vertrages überdeutlich ist, zu beseitigen oder wenigstens zu verkleinern und ein konsistentes öffentliches Vertragsrecht als unerläßliche Grundlage für die problemlose Verwendbarkeit der Vertragsform in der Verwaltungspraxis zu entwerfen, hat sich bislang niemand ge-

¹⁰ Nachweise u. S. 536f.

¹¹ *Bauer*, DV 25 (1992), S. 301, 312; *ders.*, in: Hoffmann-Riem/Schmidt-Abmann, Innovation und Flexibilität, S. 245, 249, 275; *Berg*, GewArch 1990, S. 225; *Bonk*, in: Stelkens/Bonk, VwVfG, § 54 Rn. 5, 111, § 62 Rn. 5; *ders.*, DVBl. 1986, S. 485, 495; *ders.*, LKV 1991, S. 353, 358; *Correll*, DVBl. 1998, S. 363; *Efstathiou*, Öff.rechtl. Vertrag, S. 114; *Grewlich*, DÖV 1998, S. 54, 62; *Grziwotz*, JuS 1998, S. 807, 808; *Gusy*, DVBl. 1983, S. 1222, 1229; *Heberlein*, DVBl. 1982, S. 763, 766; *Heinze*, VSSR 1991, S. 1, 25; *Henke*, Öff. Vertragsrecht, S. IV; *ders.*, JZ 1992, S. 541, 546; *Keller*, Vorvertragl. Schuldverhältnisse, S. 32; *Krause*, Rechtsformen des Verwaltungshandelns, S. 216f., 235; *Kunig*, DVBl. 1992, S. 1193, 1198; *Ladeur*, VerwArch 86 (1995), S. 511, 514; *Maurer*, DVBl. 1989, S. 798, 807; *ders.*, DV 25 (1992), S. 95, 97; *Schmidt-Abmann*, FS Gelzer, S. 117, 119, 121; *Schmidt-Abmann/Krebs*, Städtebaul. Verträge, S. 120; *Schmittat*, DNotZ 1991, S. 288, 289; *Schulte*, Schlichtes Verwaltungshandeln, S. 199; *Spannowsky*, Verträge und Absprachen, S. 30ff.; *Wallerath*, Öff. Bedarfsdeckung, S. 405.

¹² A. A. *Bauer*, FS Knöpfle, S. 11, 30.

¹³ *Burmeister*, VVDStRL 52 (1993), S. 193, 222ff. Dazu näher u. S. 44ff.

stellt.¹⁴ Lediglich für einzelne Vertragstypen gibt es Ansätze näherer dogmatischer Ausformung.¹⁵

Daß eine derart rechtlich nur rudimentär durchdrungene – und zudem in den Grundfragen immer noch umstrittene – Handlungsform in der Praxis auf Zurückhaltung, Desinteresse oder gar Abneigung stößt und die Verwaltung, wenn sie vertragliches Handeln überhaupt ins Auge faßt und nicht von vornherein auf informelle oder einseitig-hoheitliche Problemlösungsstrategien ausweicht, sich lieber auf dem relativ sicheren Boden des privatrechtlichen Vertrages bewegt, liegt auf der Hand. Es stellt daher keinesfalls ein Indiz für die vermeintliche Ungeeignetheit der Vertragsform zur Erfüllung von Verwaltungsaufgaben dar, wenn der verwaltungsrechtliche Vertrag, verglichen etwa mit dem Verwaltungsakt, offenbar bislang nur geringe praktische Verbreitung gefunden hat. I. ü. war in Ermangelung entsprechender rechtstatsächlicher Erhebungen bis vor kurzem ohnehin ungeklärt, in welchem Maße genau die Verwaltung auf verwaltungsvertragliche Gestaltungen zurückgreift.

Die nach alledem überfällige theoretische und praktische Aufarbeitung des verwaltungsrechtlichen Vertrages soll in einem Dreischritt erfolgen, wobei sich die Betrachtung schwerpunktmäßig auf die der Anwendung der Verwaltungsverfahrensgesetze (VwVfG des Bundes und VwVfGe der Länder) unterliegenden Materien konzentrieren und das Steuer- und Sozialrecht nur am Rande behandelt wird. Steuer- und Sozialrecht bleiben allerdings nicht vollständig ausgeklammert, weil sich einige vertragsrechtliche Probleme nur aufgrund einer alle Teilgebiete des Verwaltungsrechts umfassenden Gesamtschau angemessen behandeln lassen und Verträge insbes. im Sozialrecht eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Die Arbeit wird sich ferner auf Verträge zwischen Verwaltung und Privatpersonen konzentrieren; Vereinbarungen zwischen Verwaltungsträ-

¹⁴ Die vor wenigen Jahren erschienene Habilitationsschrift von *Spannowsky*, *Grenzen des Verwaltungshandelns durch Verträge und Absprachen*, 1994, widmet sich, bereits dem Titel deutlich zu entnehmen, abermals vorrangig der Aufgabe, Vertragshandeln in möglichst enge Schranken zu verweisen, ergänzt um eine entsprechende Zielsetzung bzgl. des informellen Verwaltungshandelns. Zwar werden auch sonstige allgemein-vertragsrechtliche Aspekte angesprochen, allerdings eher exemplarisch und ohne daß ein geschlossenes Vertragsrechtssystem entwickelt würde. Auch die jüngst von *Müller* zum Schweizer Recht vorgelegte Dissertation (*Verwaltungsverträge im Spannungsfeld von Recht, Politik und Wirtschaft*, 1997) beschränkt sich auf die traditionelle Thematik nach grundsätzlicher Zulässigkeit und Rechtmäßigkeit (s. insbes. S. 183ff.) und will nach eigenem Bekunden »keine Theorie des Verwaltungsvertrags« vorlegen (S. 4). Sie fußt allerdings auf einem interessanten, wenn auch sehr breit ausgeführten (S. 1–180) systemtheoretischen Ansatz.

¹⁵ Vgl. vor allem *Henke*, *Das Recht der Wirtschaftssubventionen als öffentliches Vertragsrecht*, 1979, für Subventionsverträge; ferner *Gaßner*, *Die Abwälzung kommunaler Folgekosten durch Folgekostenverträge*, 1982; *Müller*, *Öffentliches Vertragsrecht in der Praxis – Der Erschließungsvertrag als Handlungsform im Besonderen Teil des öffentlich-rechtlichen Schuldrechts*, 1995; *Schapmann*, *Der Sanierungsvertrag*, 1998; *Zeibig*, *Vertragsnaturschutz*, 1998. Für die Kategorie der baurechtlichen Verträge insgesamt vgl. insbes. *Birk*, *Städtebaul. Verträge*, 1996; *Schmidt-Aßmann/Krebs*, *Städtebaul. Verträge*, 1992.

gern und solche zwischen Privaten untereinander (soweit man letztere als öffentlich-rechtliche überhaupt anerkennt) werden nicht näher erörtert. Die von einer Behörde mit einem Bürger getroffene Vereinbarung unterscheidet sich von den sonstigen Konstellationen wesentlich; insbesondere knüpfen die durch administratives Vertragshandeln aufgeworfenen besonderen rechtlichen und praktischen Probleme fast ausschließlich an diese spezielle, durch die Kooperation zweier (auf den ersten Blick) sehr ungleichartiger Kontrahenten geprägte Konstellation an.¹⁶ Die Zentrierung auf den Behörde-Bürger-Vertrag und die Entwicklung eines spezifisch auf ihn zugeschnittenen Vertragsrechts erscheint deshalb nicht nur möglich, sondern sogar geboten – was nicht ausschließt, daß einzelne Elemente dieses Vertragsrechtsregimes auch auf die übrigen Fälle übertragbar sein können.

In einem ersten Schritt sind die dogmatischen Fundamente des Verwaltungsvertragsrechts zu legen. Zunächst ist darzutun, daß der Vertragsgedanke – innerhalb bestimmter verfassungsrechtlicher Rahmenbedingungen – entgegen früher verbreiteter und vereinzelt bis heute vertretener Ansicht auch im Verwaltungsrecht einen festen Platz hat (1. Teil, A., B.). Darauf aufbauend ist der systematische Standort des verwaltungsrechtlichen Vertrages im Verhältnis zum privatrechtlichen Vertrag (C.) und zu anderen administrativen Handlungsformen sowie zum sog. informellen Verwaltungshandeln (D.) näher zu bestimmen, wobei es insbesondere darum gehen wird, herauszuarbeiten, daß der verwaltungsrechtliche Vertrag im Vergleich zu den sonstigen Handlungsinstrumenten einen gleichwertigen und gleichberechtigten Modus zur Erfüllung von Verwaltungsaufgaben darstellt und den unter praktischen wie dogmatischen Aspekten häufig unbefriedigenden Rückgriff auf andere Instrumente (insbes. den privatrechtlichen Vertrag und die Absprache, für einzelne Bereiche auch den Verwaltungsakt) überflüssig machen kann.

Bevor die dogmatische Basis weiter ausgebaut werden kann, ist in einem zweiten Schritt die praktische Dimension des verwaltungsrechtlichen Vertrages auszuloten, also insbesondere zu klären, in welchem Umfang, in welchen Gebieten und mit welchem Erfolg der verwaltungsrechtliche Vertrag in der administrativen Praxis bislang verwendet wird und ggf. künftig darüber hinaus verwendet werden könnte (2. Teil, B.-D.) und welche besonderen Vorteile vertragliches Handeln ggf. im Vergleich zu anderen Handlungsformen aufweist (E.). Dieser Brückenschlag zwischen Rechtsdogmatik und Rechtssoziologie ist wichtig, weil sichergestellt werden muß, daß die i. e. noch zu entwickelnde Vertragsdogmatik nicht im luftleeren Raume schwebt und an den Bedürfnissen der Praxis vorbeigeht (A.). Da es empirische Untersuchungen über den verwaltungsrechtlichen Vertrag bis in die jüngste Zeit nicht gab, stützen sich die Erkenntnisse des Verfassers hauptsächlich auf eine in den Jahren 1995–1996 von ihm selbst

¹⁶ S. näher S. 21 ff., dort auch zum in Randbereichen unscharfen Begriff des »Privaten«.

durchgeführte Umfrage bei einer Reihe von Kommunen, Landkreisen und staatlichen Mittelbehörden.

Auf dem so gewonnenen soliden dogmatischen und rechtstatsächlichen Fundament kann dann schließlich in einem dritten Schritt das Regime des verwaltungsrechtlichen Vertrages näher erarbeitet werden. Dabei hat allerdings eine thematische Eingrenzung auf das Allgemeine Vertragsrecht zu erfolgen; das Besondere Vertragsrecht, d.h. die exakte Typisierung der verwaltungsrechtlichen Verträge sowie die Herausarbeitung der speziell für die einzelnen Typen geltenden Regeln, muß ausgespart bleiben, um die Untersuchung nicht ausufern zu lassen. Die bisweilen geäußerte These, es sei unmöglich, ein allgemeines öffentliches Vertragsrecht zu entwickeln; statt dessen habe die dogmatische Strukturierung von vorneherein an den einzelnen Vertragstypen anzusetzen,¹⁷ entbehrt der Überzeugungskraft. Die diversen Typen verwaltungsrechtlicher Bürger-Behörde-Verträge (einige Typisierungsmöglichkeiten werden im 2. Teil, F., angedeutet) unterscheiden sich nicht in dem Maße, daß es ausgeschlossen erschiene, einen »vor die Klammer gezogenen« *Allgemeinen Teil* des Öffentlichen Vertragsrechts zu konstruieren, wie er in ähnlicher Form auch im Recht der zivilrechtlichen Verträge¹⁸ oder im Recht des Verwaltungsakts¹⁹ vorhanden ist und dort in seiner Existenzberechtigung kaum jemals in Frage gestellt wird. Sie weisen sogar umgekehrt derart zahlreiche Gemeinsamkeiten auf, daß die Entwicklung eines die einzelnen Ausprägungen überspannenden allgemeinen Vertragsrechts geradezu unausweichlich ist. Auch das französische Verwaltungsrecht, das in der dogmatischen Durchdringung des verwaltungsrechtlichen Vertrages dem deutschen Recht in einigem voraus ist, beschränkt sich i. ü. nicht auf bereichsspezifische Regelungen, sondern hat ein allgemeines verwaltungsrechtliches Vertragsrecht ausgebildet.²⁰ Das VwVfG geht ebenfalls von dieser Konzeption aus, wenn es mit §§ 54–62 einen, wenn auch sehr knapp gehaltenen, Fundus von Vorschriften zur Verfügung stellt, der grundsätzlich für alle verwaltungsrechtliche Verträge Geltung beansprucht. Demgemäß bilden diese Vorschriften den normativen Ausgangspunkt für die im 3. Teil erfolgende Entfaltung der allgemeinen verwaltungsrechtlichen Vertragsdogmatik. Diese umfaßt Fragen des Verfahrensablaufs bis zum Vertragsschluß (3. Teil, C.), des Vertragsschlusses selbst (D.), die zentrale Thematik des Umfangs der vertraglichen Ge-

¹⁷ So insbesondere *Henke*, Öff. Vertragsrecht, S. IV; dahingehend auch *Bullinger*, GS Peters, S. 667, 679ff.; *Redeker*, DÖV 1966, S. 543.

¹⁸ Vgl. §§ 104ff., 241ff. BGB, wobei das BGB allerdings nicht den Vertrag als solchen, sondern die noch allgemeineren Institute der Willenserklärung und des Schuldverhältnisses als dogmatische Anknüpfungspunkte nimmt. Krit. dazu etwa *Raiser*, FS Dt. Juristentag, S. 101, 103f., der sich für eine stärkere Schwerpunktsetzung auf eine allgemeine Vertragslehre ausspricht.

¹⁹ Vgl. §§ 35ff. VwVfG.

²⁰ Vgl. exemplarisch *Richer*, Droit des contrats administratifs, S. 112ff. Näher zum »contrat administratif« des französischen Rechts u. S. 56ff.

staltungsmöglichkeiten (E.), die Problematik des rechtswidrigen Vertrages (F.), den großen Themenkomplex der Vertragsabwicklung (G.) und schließlich prozessuale Fragen (H.). Die Ausführungen werden gewisse Parallelen zwischen verwaltungsrechtlichem und zivilrechtlichem Vertragsrecht erkennen lassen, was aus noch näher darzulegenden Gründen freilich weder besonders überraschend noch dogmatisch bedenklich ist; ferner werden sie deutlich machen, daß die §§ 54ff. VwVfG in einzelnen Punkten änderungs- oder ergänzungsbedürftig sind.²¹ Eingeleitet wird der 3. Teil durch einen Vorspann, der die Besonderheiten der »Vertragssituation« im Verwaltungsrecht umreißt (A.) und einen kurzen Überblick über die einschlägige Normierung der §§ 54ff. VwVfG gibt (B.).

²¹ Eine entsprechend reformierte Fassung der §§ 54ff. VwVfG findet sich in Anhang I, S. 685ff.

1. Teil

Grundlagen

Sachverzeichnis

- Abbruch von Vertragsverhandlungen 424f.
Abdingbarkeit s. dispositives Gesetzesrecht
Abfallrecht 305
Abgabenrecht 4, 31, 192, 197, 219, 282ff.,
323ff., 356, 403, 405, 479, 554, 561f., 565f.
Abgabenverzicht 510
Ablehnung eines Vertragsschlusses 448ff.
Ablösungsvertrag
– über Erschließungsbeiträge 132, 266,
282ff., 291, 345, 365, 405, 466, 495, 617
– über sonstige Beiträge 284, 326
Abschlußzwang s. Kontrahierungszwang
Abschöpfungsvereinbarung 325
Absprache 216ff., 238, 338ff.
– Abgrenzung zum Vertrag 217f.
– Begriff 217f.
– Erscheinungsformen 208, 217, 219, 228ff.
– rechtliche Problematik 218ff.
– im Strafprozeß 228
– s.a. informelles Verwaltungshandeln
Abstraktionsprinzip 399, 579
Acte détachable 447f.
Änderungsvertrag 462
Äquivalenzgebot 482
Aktenanalyse 241ff.
Akzeptanz 50, 223, 339ff.
Allgemeine Geschäftsbedingungen 48, 55,
184, 502ff.
Allgemeine Grundsätze des Verwaltungs-
rechts 406ff.
Allgemeiner Teil des Rechts 394
Altlastensanierung 27, 223, 226, 255, 302ff.
Amtshaftung 190, 428, 434, 520, 589ff., 645
Ampflicht 591
Anfechtung 543, 546, 548, 587, 588, 649
Anfechtungsklage 651
Angebot 203, 441f., 444f., 449
Angemessenheitserfordernis
– beim Austauschvertrag 477f., 480ff., 504f.,
528ff.
– bei der Verwendung von AGB 504f.
Anhörung 229, 356, 359, 423f., 588
Annahme 441f.
Anpassungsklausel 521ff.
Anschluß- und Benutzungszwang 42, 156
Anspruch auf ermessensfehlerfreie Ent-
scheidung 203f., 272
Anspruch auf Vertragsschluß 203, 272, 445
Anspruchskonkurrenz 589ff.
Anwendungsfelder des verwaltungsrechtli-
chen Vertrages 263ff.
Arbeitsrecht 320
Arglistige Täuschung 428
Arztvertrag 314
Atypische Konstellationen, Vertrag als pas-
sendes Handlungsmittel 348ff.
Aufenthaltsgenehmigung 327ff.
Aufgabenprivatisierung 131
Aufgabentheorie 114, 121
Aufgabenübertragung zur Erfüllung s. Ein-
schaltung Privater in die Erfüllung von
Verwaltungsaufgaben
Aufhebungsvertrag 462, 584
Aufklärungspflichten, vorvertragliche 185,
418ff., 542
Auflage 188
Aufrechnung 324, 582, 587, 653
Auftrag 160, 348, 498
Aufsichtsbehörde 636ff.
Ausbildungsförderungs-, Ausbildungsko-
stenrückzahlungsvertrag 318ff., 330f., 365,
421, 475, 502, 525
Ausbildungsstipendium 318ff.
Ausgehandelter Verwaltungsakt 50f., 189ff.,
416
Ausgleichspflichtige Inhalts- und Schran-
kenbestimmung 622ff.
Aushandlung, Aushandlungsprozeß s. Ver-
handlungen, Vertragsverhandlungen
Ausländerrecht 327ff., 480
Auslegung s. Vertragsauslegung
Ausschließlichkeitsklauseln 512
Ausschreibung 151, 414
Außerordentliche Kündigung 522
Austauschbarkeit von Verwaltungsakt und
Vertrag 175, 177, 178f., 189

- Austauschverhältnis 182f., 187f., 456f.
 Austauschvertrag 387ff., 471ff., 528ff., 548, 592ff., 625
 – Begriff 472ff.
 – hinkender Austauschvertrag s. dort
 – Rechtmäßigkeits- und Wirksamkeitserfordernisse 477ff., 504f.
 – Verhältnis zum Vergleichsvertrag 492f.
 Ausverkauf von Hoheitsrechten s. Verkauf von Hoheitsrechten
 Auswahlentscheidung zwischen Vertrag und Verwaltungsakt 197ff.
 Autonomie s. Selbstbestimmung
- Bargaining Power 39, 76, 267, 373, 419
 Baudispensvertrag 295ff.
 Baugebot 270, 295
 Baugenehmigung 68, 270, 296, 304, 336, 509, 567
 Bauleitplanung 139ff., 266ff.
 Bauordnungsrecht 295ff.
 Bauplanungsabreden 206ff., 269
 Bauplanungsrecht 59, 158, 263, 266ff., 304, 364, 446
 Beamtenernennung 25, 29, 180f., 320, 561, 564f.
 Beamtenrecht s. Öffentliches Dienstrecht
 Bebauungsplan 139, 206ff., 266, 301, 606, 626
 Bedarfsdeckung 149, 160
 Bedingung 188, 193, 225, 269, 287, 474, 510f.
 Befristung 193, 225, 353, 510f.
 Begründung 359, 422, 588
 Beleihung 159f., 278, 305, 313, 439
 Beleihungsvertrag 159, 364
 Beliehener/Beliehener Unternehmer s. Beleihung
 Benutzungsverhältnisse 45, 155ff., 212ff., 519
 Beratung und Belehrung des Privaten durch die Behörde 359, 418ff., 428f., 443, 488, 542,
 Bereicherungsanspruch s. Ungerechtfertigte Bereicherung
 Berichtspflichten 348, 514f.
 Berufsfreiheit 66ff., 377
 Berufungsvereinbarung 321f., 606
 Beschaffungswesen s. Bedarfsdeckung, Öffentliche Aufträge
 Bescheidungsurteil 652
 Bestandskraft 540
 Betreibervertrag 160
 Betreuungspflicht 418ff.
- Betriebsführungsvertrag 160, 313
 Beurteilungsspielraum 27, 85
 Bevollmächtigung 440f.
 Bewirkungsauftrag des Verwaltungsrechts 166, 377f.
 Bindungsmehrwert des verwaltungsrechtlichen Vertrages 177, 340, 352f., 540
 Bindungswirkung des Vertrages 15ff.
 Bleibevereinbarung 322
 Bodensanierung s. Altlastensanierung
 Bodenschutzrecht 302ff.
 Bodenwertsteigerung 295, 483
 Briefwechsel als Schriftform 186, 453ff.
 Bürger
 – als Partner der Verwaltung 36ff., 104
 – Schutzbedürftigkeit 372ff.
 – als Untertan 105
 – als Verwaltungssubjekt 36ff., 104, 173, 176, 203f., 339
 Bürgerlichrechtlicher Vertrag s. zivilrechtlicher Vertrag
 Bürgernahe Verwaltung 339
 Bürgerschaft 37f., 146, 345, 498, 513
- Clausula rebus sic stantibus 607
 Concession de service public 164
 Contrat administratif 57ff.
 Contrat social 13
 Culpa in contrahendo 190, 399, 427ff., 434, 451f., 548, 579, 644f.
- Damoklesschwert-Argument 44ff.
 Darlehensvertrag 37, 143, 146, 264, 310, 365, 474, 496, 513
 Daseinsvorsorge 212, 287, 520
 Dauerschuldverhältnis 514f., 522, 605
 Délégation de service public 58, 164
 Demokratieprinzip 103ff.
 Dienstsiegel 465
 Dienstvertrag 149, 160, 215, 348, 472, 496
 Digitale Signatur 464
 Diskurstheorie 55
 Dispens 294, 296, 366, 473
 Dispensvertrag 294, 295ff., 435
 Dispositionssicherheit 352
 Dispositives Gesetzesrecht 83ff., 494, 506, 520
 Dissens 442
 Dogmatik, Erfordernis empirischer Rückkopplung 235ff.
 Dogmatische Unterbilanz des öffentlichen Vertragsrechts 3
 Domaine public 58

- Doppelauftrag des Verwaltungsrechts 166, 170, 377f.
 Doppelirrtum 493
 Do ut des 472
 Dreiseitiger Vertrag 136, 430f.
 Drittschutz 221, 354, 430ff., 447
 Drohpotential der Verwaltung 45
 Duldung rechtswidriger Zustände 88ff., 219, 480
 Duldungsvertrag 27, 88ff., 227, 297, 299f., 350, 366
 Durchführungsvertrag s. Vorhabenträgervertrag
 Durchsetzung vertraglicher Ansprüche 627ff.
 Durchsetzungsminderwert des verwaltungsrechtlichen Vertrages 629

 Effektiver Rechtsschutz 353f.
 Effizienz 201, 354ff.
 EG-Recht 60ff., 151ff., 553, 555f., 572
 Eigentumsposition, Vertragsanspruch als 624f.
 Eigentumsrecht 69, 377
 Eigentumsübertragung 132, 399
 Einbürgerung 25, 29, 180f., 192, 330f., 561, 565
 Eingemeindungsvertrag 208
 Eingriffsminderwert des Vertrages 200
 Eingriffsverwaltung 26f., 42f., 122ff., 177, 180, 223, 366
 Einheimischenmodelle 139ff., 274f., 474
 Einheitstheorie 134
 Einigung, vertragliche 15f., 181f., 183, 413f.
 Einigungsvertrag 11f.
 Einschaltung Privater in die Erfüllung von Verwaltungsaufgaben 158ff., 305f., 317f., 347f., 363ff., 372, 414, 469, 473, 519, 523
 Einschreiftpflicht s. Ermessensreduktion auf Null
 Einseitig verpflichtender Vertrag s. Verpflichtungsvertrag
 Einstweiliger Rechtsschutz 647
 Einwendungen 653f.
 Einzelfallgerechtigkeit 77, 88
 Elektronischer Rechtsverkehr 464
 Empfängerhorizont 442
 Empfehlung, behördliche 216f.
 Empiriedefizit des öffentlichen Vertragsrechts 236ff.
 Empirische Sozialforschung 235ff., 241ff.
 Empirische Untersuchungsmethoden 241ff.
 Energiewirtschaftsrecht 314

 Enteignender/enteignungsgleicher Eingriff 291f., 623, 626
 Enteignung 294
 Enteignungsabwendungsvertrag 294
 Enteignungsvertrag 294, 331, 465, 630
 Entschädigungsanspruch 210f., 509, 558, 619, 623
 Entschädigungsregelung 622ff.
 Entschädigungsvereinbarung 291f., 367
 Entwicklungsmaßnahme, städtebauliche 289ff.
 Entwicklungsrückstand des öffentlichen Vertragsrechts 3
 Entwicklungsträgervertrag 163, 289ff.
 Enumerationsprinzip, verwaltungsgerichtliches 31f., 33
 Erbrecht 47, 399
 Erfüllung 222, 581ff., 595, 653
 Erfüllungsgehilfe 160, 592
 Erfüllungspflicht 162
 Erhöhte Bestandskraft des verwaltungsrechtlichen Vertrages 170, 340, 352f., 540
 Erlaßvertrag 584, 653
 Ermessen bei der Wahl der Handlungsform 130, 184, 197ff.
 Ermessensfehler 202f.
 Ermessensreduktion auf Null 88, 203, 444
 Ermessensspielraum 85, 130, 197ff., 269, 444, 473f., 490ff., 589
 Ermessensverwaltung 27
 Erschließung 275
 Erschließungsvertrag
 – echter 162f., 260, 264, 265, 276ff., 289, 414, 431, 466, 497, 502, 513
 – unechter 280f.
 Erstattungsanspruch, öffentlich-rechtlicher 567ff.
 Europäisierung des öffentlichen Vertragsrechts 62ff.
 Europarecht s. EG-Recht
 Existenzkampf des verwaltungsrechtlichen Vertrages 28ff., 36ff.
 Exklusivrechte 512f.
 Expropriationsvertrag 294, 331, 465, 630

 Faktischer Vertrag 157f., 215, 462f.
 Falschbezeichnung 185
 Familienrecht 47, 313, 399
 Fehlen der Geschäftsgrundlage 493, 619f.
 Fehlerfolgenlehre s. Nichtigkeitslehre,
 Rechtswidriger Vertrag
 Fehleridentität 579

- Fehlerresistenz des verwaltungsrechtlichen Vertrages 340, 353
- Fernmeldeaspirantenvertrag 319
- Fernstraßenprivatisierung 159f., 162
- Feststellungsklage 648ff., 654, 656
- Fiktion der adäquaten Rechtsform 190, 588
- Fiskalische Verwaltung 160
- Fiskustheorie 36
- Flexibilisierung vertraglicher Leistungspflichten 510ff.
- Flexible Aufgabenerfüllung durch verwaltungsrechtlichen Vertrag 348ff.
- Flucht in das Privatrecht 124
- Flurbereinigungsrecht 293
- Folgekostenvertrag 95, 132, 265f., 286ff., 345, 365, 466, 474, 479
- Folgelastenvertrag 286
- Folgenlose rechtswidrige Verträge 87f.
- Form
- Kommunalrechtliche Formerfordernisse s. dort
 - Schriftform s. dort
 - Notarielle Beurkundung s. dort
- Formenmißbrauch 190, 629
- Formenwahlfreiheit der Verwaltung 22, 122ff., 140, 146
- Formmangel, -nichtigkeit 451f.
- Formularvertrag 183, 320, 502ff.
- Fragebogenaktion 241ff.
- Frankreich 6, 30, 58ff., 114, 155, 164, 178, 191, 260, 321, 377, 395, 447, 452, 526, 537, 583, 621, 623, 658
- Freiheitsrechte 66ff.
- Freiwillige Umlegung 292f., 350, 366
- Freizeichnungsklauseln s. Haftungsbeschränkung
- Fremdanlieger 277
- Fristsetzung 587
- Führungsrolle des Parlaments 97ff.
- Funktionale Privatisierung s. Privatisierung
- Funktionale Typisierung verwaltungsvertraglichen Handelns 362ff.
- Fusionskontrolle 315f.
- Garagendispensvertrag s. Stellplatzdispensvertrag
- Garantieerklärung 310f.
- Gebot und Zuschlag in der Zwangsvollstreckung 333f.
- Gebundene Verwaltung 27
- Gefälligkeitsverhältnis 228
- Gegenleistung
- vertragliche 471ff., 477ff., 529ff.
 - beim Verwaltungsakt 188
- Gegenseitiger Vertrag 25, 145, 472ff., 602f.
- Gegenstandstheorie 111ff., 113
- Geldzahlungspflichten 132ff., 633, 639, 641
- Gemeinschaftsrecht s. EG-Recht
- Gemeinwohlauftrag, -bindung der Verwaltung 72, 165f., 375ff.
- Gemeinwohlklausel 620ff.
- »Gemischerter« Vertrag 131ff., 140f., 207, 643
- Genehmigungserteilung durch Vertrag 24
- Gentlemen's Agreement 17, 217f., 223
- Gentechnologie 90f.
- Gerechtigkeits-theorien 106ff.
- Gerichtsstandsvereinbarung 657
- Gesamtcharakter des Vertrages 138
- Geschäftsbesorgungsvertrag 161, 348, 496
- Geschäftsgrundlage 269, 474, 493, 606ff., 611
- Gesellschaftsrecht 126f.
- Gesellschaftsvertrag 13, 498
- Gesamtvertrag 308
- Gesetzesabweichungen »nach oben« s. Übergesetzliche Mehrleistungen
- Gesetzgebungsvertrag 206
- Gesetzesinkongruenz des Vergleichsvertrages 486
- Gesetzliches Verbot s. Verbotsgesetz
- Gesetzmäßigkeit der Verwaltung 41, 52ff., 80ff., 221, 375ff.
- Gestaltungsmöglichkeiten, vertragliche 470ff.
- Gestaltungsrechte 587ff.
- Gestörte Vertragsparität 38, 48, 106f., 165
- Gewährleistungsansprüche 518ff., 584ff.
- Gewährleistungspflicht 162
- Gewährträgerhaftung 374f.
- Gewerberecht 314ff., 364
- Gläubigerverzug 599f.
- Gleichheitssatz 52, 73ff., 202, 430, 558f.
- Gleichordnungsverhältnis zwischen Verwaltung und Bürger 36ff., 173, 628
- Gleichrangigkeit von Verwaltung und Bürger s. Gleichordnungsverhältnis
- Grenzüberschreitende Kooperation 331
- Grundmißtrauen gegenüber der Verwaltung 166, 378
- Grundpfandrechte 513
- Grundrechte 66ff., 105, 108f., 557ff.
- Grundrechtsbindung der Verwaltung 71ff., 375ff.
- Grundrechtseingriff 69, 70, 200
- Grundrechtsgebrauch, -verwirklichung 69, 70

- Grundrechtsverzicht 66, 70, 98
 Grundstücksgeschäfte 132ff., 139f., 466, 495
 Haftungsbeschränkungen, -freizeichnungen 518ff.
 Haftungserklärung s. Verpflichtungserklärung
 Handlungsformauswählermessen 198
 Handlungsformenlehre 169ff., 220f.
 Hauptleistungspflicht 602f.
 Haushaltslage, verschlechterte 611
 Haushaltsrecht 151ff., 554
 Haushaltsrechtliche Lösung 151
 Heilung von Rechtsverstößen 451
 Herrschaftsvertrag 13
 Heterogener Vertrag 383
 Hinkender Austauschvertrag 141f., 269, 288, 328, 331, 461, 474ff.
 Hochschulrecht 321ff., 403
 Höchstpersönliche Verpflichtung 583
 Homogener Vertrag 383
 Horizontaler Vertrag 383

 Imageverbesserung 351
 Immissionsschutzrecht 89, 90ff., 211, 223, 299f., 306, 356, 373, 523
 Implementationsforschung 236
 Informationspflichten 348, 418ff.
 Informationsgefälle, -vorsprung 37, 356, 372f.
 Informelle Absprache s. Absprache
 Informelles Verwaltungshandeln 1, 184, 216ff., 437, 440
 Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums 625f.
 Inhaltskontrolle der Vertragsregelung 374, 477ff., 502ff.
 Insolvenz 374f., 522
 Insolvenzrisiko 374f., 483
 Intendiertes Ermessen 198f.
 Interessenausgleich durch Vertrag 106ff., 503
 Interessentheorie 114, 121
 Investitionssicherheit 352
 Irrtum 428, 493, 619
 Irrtumsanfechtung 546, 548
 Ius dispositivum s. dispositives Gesetzesrecht
 Iustum pretium 481

 Jugendhilfe 259
 Juris 333

 Kartellrecht 315f., 366, 512
 Kaufvertrag 149, 153, 215, 472, 495 518
 Kinder- und Jugendhilferecht 312f.
 Kirchenrechtlicher Vertrag 20
 Klagebefugnis 646, 656
 Klagehäufung 647
 Klauselverbote des AGBG 505ff.
 Kollusion 547f.
 Kombination von Vertrag und Rechtsnorm 205, 206ff., 269ff.
 Kombination von Vertrag und Verwaltungsakt 191ff., 445ff., 501, 576ff.
 Kommunalabgabenrecht 326ff., 405
 Kommunale Einrichtungen 155ff.
 Kommunale Spitzenverbände 243ff.
 Kommunale Zusammenarbeit 331
 Kommunalrechtliche Formerfordernisse 465
 Kommunalunternehmen 126
 Kompensationslösung 89
 Konfliktmittler 1
 Konkurs s. Insolvenz
 Konkursunfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts 374
 Konsens, Konsensprinzip 15, 441f., 628
 Kontrahierungszwang 44f., 48, 49, 374, 430, 444f.
 Kontraktmanagement 217, 440
 Kontrollrechte 348, 515ff.
 Konventionalstrafe s. Vertragsstrafe
 Konversion s. Umdeutung
 Konzessionsvertrag 160, 314
 Kooperationsbereitschaft 355f.
 Kooperationsprinzip 1f., 298
 Kooperationsvertrag 364
 Kooperative Verwaltung 1f., 104, 216, 218, 239
 Koordinationsrechtlicher Vertrag 23, 381ff.
 Koppelungsverbot 477, 478ff., 509, 531
 Korruption 54, 222, 227, 378
 Kostenübernahmevereinbarung 309
 Kräfteverhältnis, ungleiches s. Verhandlungsübergewicht
 Krankenhausvertrag 157, 314, 421
 Krankenversicherungsrecht 307ff.
 Kündigung
 – aufgrund besonderer vertraglicher Vereinbarung 521ff., 631
 – nach Wegfall der Geschäftsgrundlage 587f.
 – aufgrund sonstiger Leistungsstörungen 587f., 605, 631
 Kündigungsklausel 225, 353, 521ff.

- Kulturbeiträge 479
Kulturförderung 318
- Leges fundamentales 13
Legitimation des verwaltungsrechtlichen
Vertrages 103ff.
Lehrauftrag 322
Leihvertrag 498
Leistung durch Dritte 583
Leistungsaustausch s. Austauschverhältnis
Leistungsbescheid 628
Leistungserbringer 308
Leistungserbringungsvertrag 307ff.
Leistungshindernisse 597ff.
Leistungsklage, allgemeine 618, 646ff.
Leistungsstörungen 584ff.
– Allgemeine Probleme 25, 79, 394, 584ff.
– Begriffliches 584f., 597
– leistungsstörungsbedingte Erklärungen,
Rechtsnatur 587ff.
– Positive Forderungsverletzung 605f.
– Verzug 599ff.
– Unmöglichkeit 597ff.
– Verhältnis zu Amtshaftungsansprü-
chen 589ff.
– und verwaltungsrechtliches Schuldver-
hältnis 212
– zulässige Vertragsregelungen 517ff.
– Wegfall der Geschäftsgrundlage s. dort
Leistungsstörungsrecht des BGB 586f.
Leistungs- und Benutzungsverhältnisse öf-
fentlicher Einrichtungen 122ff., 155ff.,
212ff., 231, 333, 335, 365, 460, 463f.
Leistungsverwaltung 26f., 42, 122ff., 230,
365
Lex contractus 17
- Machtgefälle s. Verhandlungsübergewicht
Machtmißbrauch, hoheitlicher 165f., 330,
389, 471
Mahnung 587, 588, 600f.
Managementvertrag 313
Mandat 440
Marchés publics 155
Massenverwaltung 75f., 183, 335, 342, 357f.,
413, 502
Materielle Privatisierung 131, 158
Mehrkostenvereinbarung 326f., 350
Mehrleistungen, s. Übergesetzliche Mehrlei-
stungen
Mehrseitigen Vertrag 136, 350, 430f.
Menschenwürde 67, 70
Mietvertrag 310f., 495
Mietzahlungsgarantie 310f., 365
Mindeststandard 91
Mischvertrag s. gemischter Vertrag
Mißbrauchsgefahr 165, 487
Mißbrauchsstranken 99, 101, 375ff., 470ff.,
478, 536, 636ff.
Mißverhältnis Leistung/Gegenleistung 483
Mitteilungspflichten 514f.
Mitverschulden 434, 596
Mitwirkungsbedürftiger Verwaltungsakt 32,
143, 179ff., 190, 195, 230
Mitwirkungspflichten des Privaten 426f.
Mobilfunknetz 317
Modernisierungsvereinbarung 290, 315
Monopolstellung/Quasimonopolstellung der
öffentlichen Hand 372
Multipolarer Vertrag s. mehrseitiger Vertrag
Mustervertrag 183, 273, 279, 357
- Nachgeben (beim Vergleich) 490
Nachverhandlungsklauseln 225, 511
Naturalrestitution 591, 594
Naturschutzrecht 208ff., 300ff.
Nebenbestimmungen 187ff., 346f.
Negatives Interesse 427
Neutrale Leistungspflichten 133
Nichterfüllung 597
Nichtigkeit 429, 470, 485, 532, 545ff., 649
Nichtigkeitsdogma, traditionelles 538
Nichtigkeitsgründe 545ff., 612
Nichtigkeitslehre 536ff.
Nichtleistung 597
Normative Ermächtigungslehre 33
Normenkontrolle 612, 653
Normenvertrag 205, 308
Normenvollzugsvertrag 28
Normersetzender Vertrag 210, 406, 564
Normfiktionstheorie 120f., 145, 149
Normsetzungsvertrag 206ff., 210, 272, 406,
564
Normvermeidender Vertrag 206
Notarielle Beurkundung 277, 293, 466
Notkündigungsrecht 620ff.
Nutzungsbeschränkungen 208ff.
- Obrigkeitsstaat 28ff., 36ff., 39, 60, 104, 180,
199
Öffentliche Aufträge 148ff., 161, 163, 254,
314, 315, 364, 372, 414, 472f., 483, 513,
519, 525
Öffentliche Einrichtungen s. Leistungs- und
Benutzungsverhältnisse öffentlicher Ein-
richtungen

- Öffentliches Dienstrecht 197, 318ff., 560
- Öffentliches Eigentum 132
- Öffentliches Interesse 70
- Öffentliches Recht und Zivilrecht 59, 61, 110ff., 114ff.
- Öffentliches Vertragsrecht
 - Abstimmungsprobleme mit dem Recht des Verwaltungsakts 192f., 576ff., 594ff.
 - Allgemeines/Besonderes Vertragsrecht 6, 264f.
 - Empiriedefizit 236ff.
 - Entwicklungsrückstand 3, 379f., 408f.
 - Europäisierung 62ff.
 - Grundkonzeption 6, 35, 171f., 242, 264f., 371ff., 406ff., 467ff., 536ff.
 - Mißbrauchsschranken s. dort
 - positive und negative Funktion 467f.
- Öffentlichkeitsbeteiligung 437
- Öffentlich-rechtlicher Vertrag s. verwaltungsrechtlicher Vertrag
- Ordentliche Kündigung 522
- Ordnungsverwaltung 42, 304, 361, 366, 525
- Organisationsformen des Verwaltungshandelns 122ff.
- Organisationsprivatisierung 131

- Pachtvertrag 496
- Pacta sunt servanda 17, 102, 541, 613
- Pactum 13
- Parteiwille 112, 218
- Partizipation 104, 339
- Pflegekindvertrag 312, 502
- Pflegesatzvereinbarung 309, 312, 606
- Pflegeversicherung 307, 309
- Pflichtenbindungen im vorvertraglichen Stadium 414ff.
- Planausarbeitungsvertrag 273f.
- Planfeststellung 437, 561, 563
- Planungsermessen s. Ermessenspielraum
- Planungsleitsätze des BauGB 141, 480, 555
- Planungssicherheit 352
- Polizei- und Ordnungsrecht 26f., 182, 341
- Positive Forderungs-/Vertragsverletzung 399, 596, 605ff.
- Positives Interesse 427
- Praktische Erfahrungen mit verwaltungsrechtlichen Verträgen 259ff.
- Prinzip des Vorrangs der ersten Handlungsform 576ff.
- Privatautonomie 16, 66, 493
- Privatisierung 1f., 130f., 440
 - Erscheinungsformen 130f.
 - funktionale Privatisierung 130, 158ff., 273, 274, 305f., 364, 437, 515
- Privatisierungsvertrag 332
- Privatrecht s. Zivilrecht
- Privatrechtlicher Vertrag s. zivilrechtlicher Vertrag
- Privatrechtssubjekt 22, 438
- Projektmanager, -mittler 274, 496
- Projektmittlervertrag 274
- Protektiver Vertrag 383
- Prozeßvergleich 12, 192, 238, 324, 332, 405f., 465, 485, 511, 563, 655
- Prozeßvertrag 485, 658
- Prüfungsentscheidungen 561, 563
- Prüfungen 403, 405
- Public private partnership 1, 267

- Qualifizierter Gesetzesverstoß 549ff.

- Rahmenvertrag 308f., 499ff.
- Raumordnungsrecht 268
- Realförderung 145f.
- Rechtliche Unmöglichkeit 598
- Rechtsbehelfe in der Zwangsvollstreckung 642f.
- Rechtsbehelfsbelehrung 185, 359, 422
- Rechtsbehelfsverzicht 509, 534, 660f.
- Rechtsbindungswillen 15, 218, 228
- Rechtsfähigkeit 438ff.
- Rechtsformen des Verwaltungshandelns s. Handlungsformenlehre
- Rechtsfrieden 109, 224, 340, 371, 489
- Rechtsgestaltender Vertrag s. Verfügungsvertrag
- Rechtsgeschichte 11
- Rechtsmittelverzicht 482, 509, 660f.
- Rechtsmißbrauch 571, 584
- Rechtsnorm 177, 204ff., 229f., 269ff., 437
 - Verpflichtung zum Erlaß von Rechtsnormen durch Vertrag 206ff.
 - Substitution von Rechtsnormen durch Vertrag 208ff.
- Rechtsschutz bei behördlichem Vertrags Handeln 151f., 353f., 450, 646ff.
- Rechtsschutzgarantie 78ff.
- Rechtssicherheit 101f., 103, 221, 226, 352f., 541ff., 554
- Rechtssoziologie 235ff.
- Rechtsstaatliche Defizite des verwaltungsrechtlichen Vertrages 52ff.
- Rechtsstaatlichkeit, Rechtsstaatsprinzip 101f., 106, 108f., 170, 221, 225, 477, 541ff.
- Rechtstatsachenforschung 235ff.

- Rechtsträgerprinzip 438ff.
 Rechtsvergleich 486
 Rechtsvergleichung 566f.
 Rechtsverhältnislehre s. Verwaltungsrechtsverhältnis
 Rechtsverzicht s. Verzicht
 Rettungsdienst 259, 313
 Rechtswegfragen 643ff.
 Rechtswidriger Vertrag 2f., 87f., 102, 137, 376f., 381, 408, 425, 536ff., 559ff.
 – und nichtiger/unwirksamer Vertrag 538ff., 545ff.
 – »schlicht« rechtswidriger Vertrag 539, 540ff.
 – und Verbotsgesetz 549ff.
 – und Vertragsformverbot 559ff.
 Richtigkeitsgewähr des Vertrages, Theorie von der 106ff.
 Routinegeschäfte s. Massenverwaltung
 Rückabwicklung 567ff.
 Rückgewähranspruch 567ff.
 Rücklaufquote 246ff., 249
 Rücktritt vom Vertrag 269, 287, 522, 587f.
 Rücktrittsklausel 521f.
 Rücktrittsrecht, -vorbehalt 474, 511, 543, 605, 649
 Rundfunkrecht 403

 Sachenrecht 47, 399
 Sachleistungsprinzip 308
 Sachverhaltsermittlung 416ff., 426f., 443, 488ff.
 Salvatorische Klausel 573
 Sanierungsträgervertrag (im Städtebau-recht) 163, 289ff., 497
 Sanierungsvertrag (im Altlastenrecht) 27, 226, 255, 264, 302ff., 350, 366, 414
 Satzung 204ff., 269ff., 462, 553
 Schadensberechnung 593f.
 Schadensersatzanspruch 427ff., 509, 518ff., 524, 530, 548, 567, 589ff., 644
 Schadenspauschalierung 524, 527, 533f., 604
 Schenkung 497
 Schiedsgericht 535
 Schiedsgutachten 511
 Schiedsvereinbarung 657ff.
 Schiedsverfahren 657ff.
 Schlechterfüllung 597
 »Schlicht« rechtswidriger Vertrag 539, 540ff.
 Schlichtungsvereinbarung 657
 Schriftformerfordernis 451ff.
 – Inhalt 453ff.
 – Nachteile 156f., 200, 215, 358, 442, 460
 – Rechtsfolge eines Verstoßes 425, 427f., 451
 – Rechtslage vor Inkrafttreten des VwVfG 408
 – Reichweite 156f., 461ff.
 – Zwecke 452
 Schuldanerkenntnis/-versprechen 331, 497, 584
 Schuldbeitritt 345
 Schuldnerverzug 600ff.
 Schuldrecht 47f., 184, 212, 493ff.
 Schuldrechtsreform 402, 586
 Schulrecht 403
 Schutzauftrag des Verwaltungsrechts 164ff., 166, 377f.
 Schwebende Unwirksamkeit 433f., 465, 540, 556
 Scoping 1
 Sekundäranspruch s. Leistungsstörungen, Schadensersatzanspruch
 Selbstbeschränkungsabkommen 219f., 223
 Selbstbindung der Verwaltung 74
 Selbstbestimmung(srecht) 66ff., 100, 108, 177, 204, 376
 Selbstverpflichtung 194f., 219, 445, 476
 Service public 164
 Sicherheiten (Sicherungsmittel) 513f.
 Sicherungsabtretung, -übereignung 513
 Sittenwidrigkeit 47, 481, 484, 531, 546f.
 Soldatenverhältnis 29, 561
 Sonderkündigungsrecht 620ff.
 Sondernutzungsvertrag 264, 316f.
 Sozialhilfedarlehen 310
 Sozialhilferecht 309ff., 365, 474
 Sozialrecht 4, 27, 219, 263f., 306ff., 364, 384, 403, 435, 501, 560, 626
 Sozialversicherungsrecht 307ff.
 Staatsangehörigkeitsrecht 327ff.
 Staatsaufgaben s. Verwaltungsaufgaben
 Staatsaufträge s. Öffentliche Aufträge
 Staatsbankrott 374
 Staatsdienstvertrag 29
 Staatskirchenrechtlicher Vertrag 12
 Staatsvertrag 11f.
 Städtebaulicher Vertrag 139ff., 266ff., 501
 Stellplatzablösungsvertrag s. Stellplatzdispensvertrag
 Stellplatzdispensvertrag 188, 255, 264, 265, 295ff., 405, 474, 479
 Steuerrecht s. Abgabenrecht
 Steuerungskrise des Rechts 226
 Störungen der Geschäftsgrundlage s. Fehlen/Wegfall der Geschäftsgrundlage

- Strafrecht 228, 237, 555
 Strafversprechen s. Vertragsstrafe
 Straßenbau 318
 Straßen- und Wegerecht 316f., 501
 Strukturell ungleiche Verhandlungsstärke
 38
 Studienförderungsvertrag 318ff.
 Subjektiv öffentliches Recht 203f., 435f.,
 445, 656
 Subjektstheorie 114, 117f., 121
 Subordinationsrechtlicher Vertrag 23, 381ff.
 Subordinationstheorie 114f.
 Subordinationsverhältnis s. Über-/Unterord-
 nungsverhältnis
 Substitution von Rechtsnormen durch Ver-
 trag 204ff., 348
 Substitution von Verwaltungsakten durch
 Vertrag 174ff., 317, 362f., 366
 Subventionen 73, 101, 143f., 150, 180, 182,
 211, 264, 300, 335, 365, 372, 498
 Subventionsvertrag 25, 143ff., 192, 315, 435,
 472f., 525, 656
 Synallagma 134f., 140, 472ff.
 Synallagmatischer Vertrag 25, 134, 473,
 592f.
 Systemtheorie 4

 Tarifvertrag 205f.
 Tatsachenvergleich 486
 Tatsächliche Verständigung 323f., 367
 Teilnichtigkeit 572ff.
 Teilrechtsordnungsübergreifende Grundsät-
 ze 393ff.
 Teilvertrag 225, 499ff.
 Titelfunktion
 – des Verwaltungsaktes 627
 – des verwaltungsrechtlichen Vertrages
 627ff.
 Titulierung vertraglicher Ansprüche 632ff.,
 646ff.
 Treu und Glauben 451f., 505f., 623
 Typenfixierung, Typenzwang 47, 493
 Typologie verwaltungsrechtlicher Verträge
 20ff., 363ff.

 Überbrückungsfunktion des Vergleichsver-
 trages 490
 Übereilungsschutz 452
 Übergesetzliche Mehrleistungen 89, 90ff.,
 209, 300, 343, 421f., 480, 508
 Übertragung von Verwaltungsaufgaben auf
 Private 158ff.
 Über-/Unterordnungsverhältnis zwischen
 Verwaltung und Bürger 36ff., 59, 115,
 385f.
 Übervorteilung 52, 484
 Umdeutung 574ff., 577
 Umfrageaktion 241ff.
 Umlegung 45, 265, 292f.
 Umlegungsplan 293, 365
 Umlegungsvertrag 265, 292f., 350
 Umweltrecht 1, 27, 39, 88, 90, 201, 219, 256,
 263f., 298ff., 336, 343, 351, 364
 Umweltvereinbarungen 64
 Unbestimmter Rechtsbegriff 27, 488, 490
 Unfreiwilliger Vertrag 44, 70, 93, 98
 Ungerechtfertigte Bereicherung 567ff.
 Ungewißheitssituation 486ff.
 Ungleichgewichtslage s. Gestörte Vertrags-
 parität, Verhandlungsübergewicht
 Ungleichheit der Vertragspartner 36ff.
 Ungleichheits-Potential des verwaltungs-
 rechtlichen Vertrages 76ff., 371ff.
 Unmöglichkeit 210, 597ff., 608f.
 Unterschrift, eigenhändige 453f.
 Unterschutzstellungsverordnung 208ff.
 Untersuchungsgrundsatz 229, 416ff.
 Unterwerfung unter die sofortige Vollstrek-
 kung 89, 146, 197, 299, 387ff., 421, 525,
 531, 534, 630f., 632f., 654
 Urkundeneinheit 453ff.
 Utilitaristische Lehre 33

 Verbandsbeteiligung 437
 Verbotsgesetz 428, 549ff., 598
 Verbraucherschutz 48
 Verdeckter Austauschvertrag s. hinkender
 Austauschvertrag
 Vereinbarung 16
 Verfahrensermessen 198
 Verfahrensökonomie 201, 211, 354ff., 489
 Verfahrensprivatisierung 274
 Verfahrensrecht und materielles Recht 380
 Verfahrensrechtsverhältnis 414ff.
 Verfallklausel 533f.
 Verfassungsrecht 11f., 65ff., 103ff., 540ff.,
 553, 557ff.
 Verfassungsrechtlicher Vertrag 11f., 20, 206,
 663
 Verfügung, Verfügungsgeschäft 24, 192f.,
 195
 Verfügungsvertrag 23ff., 193, 432, 435, 476,
 539, 580
 Vergabegesetz 151
 Vergaberecht, Vergabewesen s. Öffentliche
 Aufträge

- Vergleichsvertrag 85ff., 151, 291, 300, 304, 318, 324, 344f., 358, 367, 421, 485ff., 509, 658
- Bedeutung in der Verwaltungspraxis 264, 332, 485
 - und Ermessen 28, 490ff.
 - und gegenseitiges Nachgeben 490
 - und (potentielle) Gesetzesinkongruenz 85ff.
 - Kategorisierung 485, 486
 - Prozeßvergleich s. dort
 - und Sachverhaltsermittlung 488ff.
 - Überbrückungsfunktion 490
 - Vergleichslage 344, 486ff.
 - Verhältnis zum Austauschvertrag 492f.
 - Wegfall der Geschäftsgrundlage 616f.
 - Wirksamkeit und Rechtmäßigkeit 548
 - »Zweckmäßigkeit« eines Vergleichs 490ff.
- Verhältnismäßigkeitsprinzip 108, 200f., 202, 417, 478
- Verhandlungen 16, 78, 182ff., 244, 342, 359
- Verhandlungsmacht, -stärke 372ff.
- Verhandlungsübergewicht, -übermacht 69, 76f., 98, 267, 341, 372ff., 387ff., 419, 471, 629
- Verjährung 592
- Verkauf von Hoheitsrechten 54, 471, 484
- Verkehrssitte 443
- Verlorener Zuschuß 144, 498
- »Verlustliste der Rechtseinheit« 403
- Vermutungsregeln 124, 127, 196, 483
- Verordnung 204ff., 217, 553
- Verpflichtungserklärung 194, 327ff., 345f., 365, 378, 421, 431, 465f., 474, 502
- Verpflichtungsfreiheit 69
- Verpflichtungsklage 648
- Verpflichtungsvertrag
- Begriff 23ff.
 - Einseitig verpflichtender Vertrag 25, 183, 195f., 197, 287, 311, 328, 459, 474ff.
 - Zweiseitig verpflichtender Vertrag 25, 288, 476
 - und Drittrechte 432, 435
 - Kombination mit Rechtsnorm 206ff.
 - Kombination mit Verwaltungsakt 192ff., 367, 385, 576ff., 594ff.
 - Rechtswirksamkeit 539, 576ff.
- Verrechnungsvertrag 324f.
- Verschulden 518ff., 529, 605
- Vertikaler Vertrag 383
- Vertrag
- Anthropologischer Grundgehalt 13ff.
 - als autonome Form der Rechtssetzung 15, 435
 - Begriffsmerkmale 15ff.
 - Etymologie des Begriffs 13f.
 - als Kategorie a priori 14f.
 - als zentraler Begriff der gesamten Rechtsordnung 11ff., 110, 393ff., 662ff.
 - s.a. Verfassungsrechtlicher/verwaltungsrechtlicher/zivilrechtlicher Vertrag
- Vertrag zugunsten Dritter 431
- Vertrag zulasten Dritter 205, 432, 435
- Vertragsabwicklung s. Vertragsdurchführung
- Vertragsanbahnung 415
- Vertragsangebot s. Angebot
- Vertragsanpassung 283, 427, 618, 647
- Vertragsaufhebung, -auflösung 427, 428f.
- Vertragsauslegung 442f., 516, 574, 611
- Vertragsdiktat 45, 330
- Vertragsdurchführung 259ff., 340, 580ff.
- Vertragserfüllender Verwaltungsakt 193, 576ff.
- Vertragserfüllung 581ff.
- Vertragserklärungen 441ff.
- Vertragsformverbot 26, 71, 187, 210, 323, 404f., 557, 559ff., 658
- Vertragsfreiheit 46ff., 66ff., 108
- im Zivilrecht 47ff., 66, 67, 84
 - im Verwaltungsrecht 47, 67ff., 395, 445
- Vertragsgerechtigkeit 106ff., 481ff.
- Vertragsgegenstand 111ff., 386
- Vertragsgestaltung 82, 269, 342ff., 422, 467ff.
- Vertragsgremien 517
- Vertragsinhalt, zulässige Klauseln 507ff.
- Vertragskündigung s. Kündigung
- Vertragsmuster 245, 273, 279, 289, 315, 329, 342, 357f.
- Vertragsnähe bestimmter einseitiger Handlungsformen 179ff., 187ff., 189ff., 194f., 214
- Vertragsnaturschutz 208ff., 264, 300f., 315, 356, 437, 613
- Vertragsnichtigkeit s. Nichtigkeit
- »Vertragspaket« 193, 350
- Vertragsparität s. Gestörte Vertragsparität
- Vertragspartei, Vertragspartner
- mögliche Parteien eines verwaltungsrechtlichen Vertrages 21ff., 438ff.
 - Ungleichheit der Vertragspartner 36ff.
 - Verwaltung als besonderer Vertragspartner 371ff.
- Vertragsrecht
- öffentliches s. dort

- teilrechtsordnungsübergreifendes allgemeines 393ff.
- Vertragsrücktritt s. Rücktritt vom Vertrag
- Vertragsschluß 411ff., 438ff.
 - Anspruch auf 430
 - freiwilliger/unfreiwilliger 44, 70, 93, 98
 - Entscheidung über Vertragsschluß, Rechtsnatur 445ff.
 - als Freiheitsgebrauch/Grundrechtsverwirklichung 67ff.
 - Verfahren bis zum 411ff.
 - Zustimmung anderer Behörden 432ff.
 - Zustimmung Dritter 432ff.
- VertragsschlußBermessen 444
- Vertragsstrafe 375, 523ff., 594
- Vertragstypen des Verwaltungsrechts 20ff., 263ff., 363ff., 493ff.
- Vertragstypen des Zivilrechts 493ff.
- Vertragsverhandlungen 16, 55, 342, 413f., 415, 424f.
- Vertragswidriger Verwaltungsakt 594ff.
- Vertragswille 184ff., 189, 196, 218
- Vertragszweck 112, 605
- Vertrauensschaden 427
- Vertrauensschutz 101f., 103, 541ff., 554, 569ff., 578f.
- Vertrauenstatbestand 569f.
- Vertretenmüssen s. Verschulden
- Vertretung, Vertretungsmacht 465, 636ff.
- Verwahrungsverhältnis, -vertrag 26, 212, 476, 498
- Verwaltung als besonderer Vertragspartner 371ff.
- Verwaltungsakt
 - Abgrenzung zum verwaltungsrechtlichen Vertrag 178ff.
 - antragsbedürftiger 179ff.
 - ausgehender/konsentierter 50f., 189ff., 416
 - Auswahlentscheidung zwischen Verwaltungsakt und verwaltungsrechtlichem Vertrag 197ff.
 - Bedeutung in der Verwaltungspraxis 174ff.
 - mit Dritt-/Doppelwirkung 436
 - Funktionen 178f.
 - historische Entwicklung 30
 - Kombination mit verwaltungsrechtlichem Vertrag 191ff., 445ff., 501, 576ff.
 - konkludenter 446
 - mitwirkungsbedürftiger 32, 143, 177, 179ff., 190, 195, 230, 347, 457, 575
 - mit Nebenbestimmungen 187ff., 190, 346f., 349
 - Rücknahme/Widerruf 539, 622
 - auf Unterwerfung 30
 - vertragserfüllender 193, 576ff.
 - vertragswidriger 594ff.
 - vorläufiger 349
 - wesensmäßige Verschiedenheit vom verwaltungsrechtlichen Vertrag 176f.
 - und Zusage/Zusicherung 194ff.
 - zweiseitiger 50f.
- Verwaltungsaktersetzender Vertrag 24, 174ff., 384f.
- Verwaltungsakts-Zentriertheit der Handlungsformenlehre 174ff., 337
- Verwaltungsaufgaben 2, 78, 145
- Verwaltungsaufgaben, Übertragung 130f., 158ff.
- Verwaltungsaufwand 354ff., 458f.
- Verwaltungsgerichtlicher Vergleich s. Prozeßvergleich
- Verwaltungshelfer, -hilfe 160f.
- Verwaltungshelfervertrag 161, 364
- Verwaltungsklima 339
- Verwaltungslehre 236
- Verwaltungspraxis 31, 58, 94, 157, 174f., 190f., 213, 220, 231f., 235ff., 378
- Verwaltungsprivatrecht 117, 118, 124ff., 371
- Verwaltungsrecht
 - Abgrenzung vom Zivilrecht 114ff.
 - Funktionen 114, 165f., 170, 376f.
 - als Sonderrecht der Verwaltung 114, 116, 138
- Verwaltungsrechtlicher Vertrag
 - und Absprache 16ff., 216ff.
 - Anwendungsfelder im Besonderen Verwaltungsrecht 263ff.
 - als atypische Handlungsform 175, 199
 - Austauschbarkeit mit anderen Handlungsformen 175, 177, 178f., 189
 - und Austauschvertrag s. dort
 - Begriff und Terminologie 15ff., 18ff.
 - Bürger-Behörde-Vertrag 21ff.
 - dogmatische Annäherung an den zivilrechtlichen Vertrag 164ff.
 - als eigenständige Handlungsform 391f., 662ff.
 - Empirische Grundlagen 2f., 4, 235ff.
 - Erscheinungsformen und Kategorisierungsansätze 20ff., 362ff.
 - im europäischen Ausland 56ff.
 - und Europarecht 60ff.
 - Formfragen 451ff.

- und Freiheitsrechte 66ff.
- Funktionen 13ff., 362ff.
- Gestaltungsmöglichkeiten 342ff.
- und Gleichheitssatz 73ff.
- historische Entwicklung 28ff.
- Kombination mit anderen Handlungsformen 191 ff.
- praktische Bedeutung 251ff.
- Prinzipielle Einwände gegen Verträge im Verwaltungsrecht 34ff.
- Prinzipielle Zulässigkeit 2, 30ff., 34ff.
- zwischen Privaten 21ff., 118, 264, 331, 405, 410
- als Problemlösungs- und Prozeßvermeidungsmechanismus 261
- und Rechtmäßigkeit/Rechtswidrigkeit s. rechtswidriger Vertrag
- und Rechtsnorm 204ff.
- und Rechtsschutz 643ff.
- und Rechtsschutzgarantie 78ff.
- und Rechtssicherheit 101f., 103
- und Rechtsstaatlichkeit 52ff.
- als Universalhandlungsform 263ff., 334ff.
- unzureichende dogmatische Aufbereitung 3
- verfahrensrechtliche Dimension 380, 411ff.
- verfassungsrechtliche Legitimation 103ff.
- verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen 65ff.
- und Vergleichsvertrag s. dort
- und Vertrauensschutz s. dort
- und Verwaltungsakt 16f., 111, 174ff., 338ff., 360ff., 411ff., 576ff., 587ff.
- und Verwaltungspraxis 31, 58, 94, 157, 235ff., 251ff.
- und verwaltungsrechtliches Schuldverhältnis 211ff.
- zwischen Verwaltungsträgern 21 ff., 264, 331
- und Vorbehalt des Gesetzes 92ff.
- und Vorrang des Gesetzes 81ff.
- Vorzüge und Nachteile 49ff., 337ff.
- und zivilrechtlicher Vertrag 110ff., 164ff., 244, 662ff.
- und Zusage/Zusicherung 194ff.
- Verwaltungsrechtliches Schuldverhältnis 126, 157f., 211ff.
- Verwaltungsrechtsordnung für Württemberg 31
- Verwaltungsrechtsschutz s. Rechtsschutz
- Verwaltungsrechtsverhältnis 172ff., 212
- Verwaltungsrechtsweg 116f., 167, 216, 643ff.
- Verwaltungsschuldrecht 213
- Verwaltungsverfahren 359ff., 380, 411ff., 580f.
- Verwaltungsverfahrensgesetze
 - Anwendungsbereich 207, 403ff.
 - Entstehungsgeschichte 33f.
 - Leitgedanken der Regelungen über den verwaltungsrechtlichen Vertrag 380ff.
 - Rechtslage vor Inkrafttreten 381, 408f., 452
- Verwaltungsvertrag s. verwaltungsrechtlicher Vertrag
- Verwaltungsvertragsrecht s. öffentliches Vertragsrecht, verwaltungsrechtlicher Vertrag
- Verwaltungsvorschriften 202
- Verweisungsanalogie 397
- Verweisungsvorschriften 396ff.
 - verfassungsrechtliche Zulässigkeit 396
 - dynamische Verweisung 396, 401f.
- Verwaltungswissenschaft 236
- Verwirkung 436, 584
- Verwirkungsklausel 533f.
- Verzicht 24, 66, 508ff., 534, 554, 558
- Verzug 599ff.
- Verzugszinsen 533f., 601ff.
- Völkerrecht 11, 20, 228, 394, 435
- Völkerrechtlicher Vertrag 11, 19f., 37, 663
- Volenti non fit iniuria 82
- Vollmacht 440f.
- Vollstreckbare notarielle Urkunde 633f.
- Vollstreckung vertraglicher Ansprüche 627ff., 632ff., 639ff.
- Vollstreckungserinnerung 642, 653
- Vollstreckungsgegenklage 642, 653f.
- Vollstreckungsklausel 633
- Vollstreckungsschutz 652ff.
- Vollstreckungstitel 627, 632
- Vollstreckungsunterwerfung s. Unterwerfung unter die sofortige Vollstreckung
- Vorauszahlungsvertrag
 - im Erschließungsbeitragsrecht 132, 266, 281f., 345, 365, 405
 - im sonstigen Beitragsrecht 326
- Vorbehalt des Gesetzes 33, 43, 92ff., 472, 513, 528, 566
 - Eingriffsvorbehalt 95, 96f., 99
 - Wesentlichkeitsvorbehalt 97ff.
- Vorbereitungshandlung 446f.
- Vorfinanzierungsvertrag 280f., 345, 365, 466
- Vorhaben- und Erschließungsplan 269ff.
- Vorhabenträgervertrag 208, 264, 267f., 269ff., 289, 302, 606

- Vorkaufsrecht 294
 Vorordnungslehre 118ff., 124, 144f., 151f.
 Vorrang des Gesetzes 28
 – und dispositives Gesetzesrecht 83ff.
 – und folgenlose rechtswidrige Verträge 87f.
 – und Gesetzesabweichungen »nach oben« 90ff.
 – und Vergleichsvertrag 85ff.
 – und vertragliche Duldung rechtswidriger Lagen 88ff.
 Vorsätzlicher Gesetzesverstoß 547f.
 Vorverfahren s. Widerspruchsverfahren
 Vorvertrag 225, 367, 462, 499ff.,
 Vorvertragliches Schuldverhältnis 414ff.
- Wahlprüfung 561
 Wahlrecht der Verwaltung, 120, 122ff., 197ff.
 Warnung, behördliche 216f., 291
 Wasserrecht 211
 Wegfall der Bereicherung 569ff.
 Wegfall der Geschäftsgrundlage 283, 521, 606ff.
 – Gemeinwohlklausel 620ff.
 – Rechtsfolgen 617ff.
 – Verhältnis zu sonstigen Leistungsstörungen 608ff.
 – Voraussetzungen 610ff.
 Weilheimer Modell 139
 Weisungsrechte 348, 515ff.
 Werbenutzungsvertrag 316f., 523
 Werk(lieferungs)vertrag 149, 153, 160, 215, 348, 472, 496, 518
 Wertsteigerung, planungsbedingte 295
 Wettbewerbsrecht 152, 512
 Widerrufsvorbehalt 511
 Widerspruchsverfahren 646, 648
 Wiedergutmachungsrecht 256, 403, 405
 Wiedervereinigung Deutschlands 11f.
 Willenseinigung 15, 181f., 183
 Willenserklärung 15f., 66, 169, 172f., 394, 441ff., 464, 651
 Willenserklärung, verwaltungsrechtliche 180, 441
 Willensrichtung s. Vertragswille
- Willkür s. Machtmißbrauch
 Wirksamkeit s. Rechtswidriger Vertrag
 Wirtschaftsförderung 150
 Wirtschaftslenkung 150
 Wirtschafts(verwaltungs)recht 63, 219, 314ff., 364
 Wissenschaftsrecht 501
 Wohnraumbewirtschaftung 333
- Zahlungsunfähigkeit s. Insolvenz
 Zivilrecht 37f., 46ff., 84, 184, 237, 373, 418, 435, 493ff., 551, 606
 – Abgrenzung zum Öffentlichen Recht 110ff., 114ff.
 – kein öffentliches Eigentum 132
 – subsidiäre Anwendung beim verwaltungsrechtlichen Vertrag 392ff.
 – Vertragstypen 493ff.
 Zivilrechtlicher Vertrag 32, 60f., 110ff., 164ff., 244, 320, 322, 328, 662ff.
 Zügige Aufgabenerfüllung 224f.
 Zugang von Willenserklärungen 442
 Zurückbehaltungsrecht 587
 Zusage 194ff., 321, 345, 425, 430, 445, 451, 476
 Zusammengesetzter Vertrag 135f., 150, 634
 Zusicherung 193, 194ff., 345, 451, 457, 476, 540, 614
 Zuständigkeitsordnung, Vereinbarung über/ Verbotsnormcharakter 440, 535, 556f., 598
 Zustimmungserfordernisse, gesetzliche 430ff.
 Zustimmungsvorbehalt, vertraglicher 514f.
 Zwangsgeld 526, 531
 Zwangsmittel 535
 Zwangsvollstreckung s. Vollstreckung
 Zweckabrede 474
 Zweckbestimmung (der Gegenleistung) 478, 531
 Zweckentfremdungsvertrag 333
 Zweckverband 331, 439
 Zweckverfehlung 480
 Zweistufentheorie 143ff., 153, 157, 169, 191f., 310, 446f.

Jus Publicum

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Alphabetisches Verzeichnis

- Axer, Peter*: Normsetzung der Exekutive in der Sozialversicherung. 2000. *Band 49.*
- Bauer, Hartmut*: Die Bundestreue. 1992. *Band 3.*
- Böhm, Monika*: Der Normmensch. 1996. *Band 16.*
- Bogdandy, Armin von*: Gubernative Rechtsetzung. 1999. *Band 48.*
- Brenner, Michael*: Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14*
- Burgi, Martin*: Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe. 1999. *Band 37.*
- Claasen, Claus Dieter*: Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13.*
- Danwitz, Thomas von*: Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17.*
- Detterbeck, Steffen*: Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11.*
- Di Fabio, Udo*: Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8.*
- Enders, Christoph*: Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. 1997. *Band 27.*
- Epping, Volker*: Die Außenwirtschaftsfreiheit. 1998. *Band 32.*
- Felix, Dagmar*: Einheit der Rechtsordnung. 1998. *Band 34.*
- Gröschner, Rolf*: Das Überwachungsrechtsverhältnis. 1992. *Band 4.*
- Gross, Thomas*: Das Kollegialprinzip in der Verwaltungsorganisation. 1999. *Band 45.*
- Häde, Ulrich*: Finanzausgleich. 1996. *Band 19.*
- Heckmann, Dirk*: Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. 1997. *Band 28.*
- Hermes, Georg*: Staatliche Infrastrukturverantwortung. 1998. *Band 29.*
- Holznapel, Bernd*: Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18.*
- Horn, Hans-Detlef*: Die grundrechtsunmittelbare Verwaltung. 1999. *Band 42.*
- Huber, Peter-Michael*: Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1.*
- Ibler, Martin*: Rechtspflegender Rechtsschutz im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 43.*
- Jestaedt, Matthias*: Grundrechtsentfaltung im Gesetz. 1999. *Band 50.*
- Kadelbach, Stefan*: Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß. 1999. *Band 36.*
- Korioth, Stefan*: Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. 1997. *Band 23.*

- Kluth, Winfried*: Funktionale Selbstverwaltung. 1997. *Band 26*.
- Lehner, Moris*: Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5*.
- Lücke, Jörg*: Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2*.
- Manssen, Gerrit*: Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9*.
- Masing, Johannes*: Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. 1998. *Band 30*.
- Morgenthaler, Gerd*: Freiheit durch Gesetz. 1999. *Band 40*.
- Morlok, Martin*: Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6*.
- Oeter, Stefan*: Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. 1998. *Band 33*.
- Pauly, Walter*: Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7*.
- Puhl, Thomas*: Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15*.
- Rossen, Helge*: Vollzug und Verhandlung. 1999. *Band 39*.
- Rozeck, Jochen*: Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung. 1998. *Band 31*.
- Schlette, Volker*: Die Verwaltung als Vertragspartner. 2000. *Band 51*.
- Schmidt-De Caluwe, Reimund*: Der Verwaltungsakt in der Lehre Otto Mayers. 1999. *Band 38*.
- Schulte, Martin*: Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12*.
- Sobota, Katharina*: Das Prinzip Rechtsstaat. 1997. *Band 22*.
- Sodan, Helge*: Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20*.
- Sommermann, Karl-Peter*: Staatsziele und Staatszielbestimmungen. 1997. *Band 25*.
- Trute, Hans-Heinrich*: Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung. 1994. *Band 10*.
- Uerpmann, Robert*: Das öffentliche Interesse. 1999. *Band 47*.
- Wall, Heinrich de*: Die Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 46*.
- Wolff, Henrich Amadeus*: Ungeschriebenes Verfassungsrecht unter dem Grundgesetz. 2000. *Band 44*.
- Volkman, Uwe*: Solidarität – Programm und Prinzip der Verfassung. 1998. *Band 35*.
- Voßkuhle, Andreas*: Das Kompensationsprinzip. 1999. *Band 41*.
- Ziekow, Jan*: Über Freizügigkeit und Aufenthalt. 1997. *Band 21*.

*Einen Gesamtkatalog erhalten Sie gerne von
Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.
Aktuelle Informationen im Internet unter <http://www.mohr.de>*

Mohr Siebeck